

KUckmal!

Koblenzer Umwelt-Kurier



Die zentrale Frage: Monopoly gewonnen oder zurück auf „Los“? Seite 4

Zentralplatz: „Die letzte Messe ist noch nicht gelesen“ Seite 5

Mehrheit der Wähler ist für die Zentralplatz-Bebauung? Seite 6

Seite 13

Verke(h)rt: Sünden der Koblenzer Verkehrspolitik

Benachteiligung von Fußgängern und Radfahrern in Koblenz durch mangelnde Kontrolle und durch strukturelle Benachteiligungen.

Seite 24

Zur Situation des Grüns in der Koblenzer Innenstadt

Offener Brief des Fachbeirats für Naturschutz zu dem mangelhaften Schutz des Großgrüns in der Koblenzer Innenstadt.

Seite 34

Faire Stadt Koblenz?! - die nächsten Schritte stehen an!

Die rechtlichen Grundlagen zur Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Beschaffung sind gegeben - jetzt ist der Stadtrat gefordert!

**Jetzt kostenlos abonnieren und
keine Ausgabe mehr verpassen!**
E-Mail an umweltkurier-redaktion@web.de

In dieser Ausgabe

- 3**
Editorial, Leserbrief
- 4**
Die zentrale Frage: Monopoly gewonnen oder zurück auf „Los“?
- 5**
Zentralplatz: „Die letzte Messe ist noch nicht gelesen“
- 6**
Gewagte These: Mehrheit der Wähler ist für die Zentralplatzbebauung?
- 7**
Alles unbeachtlich? Zusammenfassende Auszüge der Einwendungen zur Zentralplatzbebauung
- 9**
Vor der eigenen Tür kehren - In der Eifel vor der Koblenzer Tür lagern Atomwaffen
Neuer Vorsitzender bei ÖKOSTADT Koblenz
- 10**
Viele Koblenzer nutzen kostenlosen Stromspar-Check
- 11**
Martin-Görlitz-Stiftung: Technik und Umwelt als Bildungsziel
- 12**
So GEHT es nicht weiter!
- 13**
Verke(h)rt: Sünden der Koblenzer Verkehrspolitik
- 16**
Radfahrer und Fußgänger in Koblenz - eine vernachlässigte Spezies
- 18**
Solareismobil auf den Passivhaustagen
Weiter so - liebe Stadtverwaltung!
Wochenmarkt in Ehrenbreitstein
- 19**
Ökologische Baustoffe - Nachhaltiges, gesundes und wertbeständiges Bauen und Renovieren
- 20**
Von Koblenz nach Nusaybin - zu Besuch bei der Familie Yildirim
- 21**
Was die Rheinzeitung nicht veröffentlichte
- 22**
Auskommen mit dem Einkommen - Wohnen oder Essen?
- 23**
Die BuGa kommt - Die Bäume gehen: die Vorgeschichte zu der Bundesgartenschau in Schwerin
- 24**
Zur Situation des Grüns in der Koblenzer Innenstadt
- 27**
Dummheit und Phantasielosigkeit siegen - das Stadtklima verliert
- 28**
Unterwegs zur Biotopzerstörung - Bebauungsplan 260 Südliches Güls
- 30**
Positionspapier des BUND zu den Planungen für die Schmidtenhöhe
- 32**
Das etwas andere Wahlplakat
Spontaner Klimaweckruf erfolgreich
- 34**
Faire Stadt Koblenz?! - der nächste Schritt steht an!
- 35**
Frauen und Klimawandel
- 36**
So sieht Baulückenschluss in Koblenz aus!
„Anziehungskräfte“ in Koblenz - Magnet am Deutschen Eck
Aktuelle Radfahrerschikanen in Koblenz
- 37**
Koblenzer Plus-Energiehaus
- 38**
Das freiwillige ökologische Jahr - FÖJ

Koblenzer Umweltbüro KUB.A

Eltzerhofstraße 10, 56068 Koblenz
www.koblenzer-umweltbuero.de
Fon 0261/91444-38, Fax 0261/91444-59

Öffnungszeiten:

Di & Do 9.00-12.00 Uhr, Mi 17.00-19.00 Uhr
und nach telefonischer Vereinbarung

ADFC/Kreisverband Koblenz

www.adfc-koblenz.de, info@adfc-koblenz.de
Fon 01 71 / 3 12 22 98, Fax 02 61 / 9 14 44 59
Ansprechpartner: Jo Schaefer

BUND Koblenz

Offenes Treffen jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.00 Uhr
www.bund.net, bund.koblenz@bund.net
Fon 02 61/9 73 77 80, Fax 02 61/9 14 44 59
Ansprechpartner: Werner Huffer-Kilian

Greenpeace Gruppe Koblenz

Gruppentreffen jeden zweiten Montag ab 19.30 Uhr
www.greenpeace.de, koblenz@greenpeace.de
Fon 02 61/5 00 68 90, Fax 02 61/9 14 44 59
Ansprechpartnerin: Stefanie Sander

ÖKOSTADT Koblenz e.V.

www.oekostadt-koblenz.de, oekostadt@aol.com
Ansprechpartner: Tom Schuhen
www.teilauto-koblenz.de, Fon 02 61/28 00 49
Ansprechpartner: Dieter Schulz

VCD Kreisverband Mittelrhein

Offenes Treffen jeden 1. Dienstag im Monat ab 19.00 Uhr
www.vcd.org/mittelrhein, mittelrhein@vcd.org
Fon 02 61/94 24 74 79, Fax 02 61/9 14 44 59
Ansprechpartner: Rolf Bartholomae

IMPRESSUM

Herausgeber:

ÖKOSTADT Koblenz e.V., Eltzerhofstraße 10, 56068 Koblenz
www.oekostadt-koblenz.de, oekostadt@aol.com
Fon 02 61/28 00 49, Fax 02 61/91 444 59

V.i.S.d.P.: Dieter Schulz

Redaktionsleitung, Satz, Layout und Anzeigenakquise:

DK Design, info@dkdesign-24.de, 02 61/208 60 15

Artikel:

Dagmar Körner, 02 61/208 60 15
umweltkurier-redaktion@web.de

Leserbriefe:

ÖKOSTADT Koblenz e.V., Eltzerhofstraße 10, 56068 Koblenz
umweltkurier-redaktion@web.de

Auflage: 5.000 Stück

Druck:

Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Carl-Spaeter-Str. 1,
56070 Koblenz

Druck auf 100% Recyclingpapier

Die Inhalte der Artikel liegen in der Verantwortung der unterzeichnenden Personen, Vereine und Institutionen. Die KUcK mal! Redaktion übernimmt für eventuelle Falschhausagen und fehlerhafte Sachverhalte keine Haftung.



GÖBEL GmbH
Dachdeckermeisterbetrieb
Alles für's Dach
... und noch viel mehr!
www.dachdecker-goebel.com
Telefon 0261 / 85108
Solar?
Na klar!
Meisterhaft

Hallo und Guten Tag

am 24.06.2009 bin ich, Tom Schuhen, zum neuen Vorsitzenden von ÖKOSTADT Koblenz e.V. gewählt worden. Näheres hierzu im Innenteil. Nach 16 Jahren Dieter Schulz ist es sicherlich schwierig, derartig großen Fußabdrücken zu folgen.

Ich will es mit meinen Stil versuchen, welcher vor allem in repräsentativen Aufgaben sowie Pressearbeit beruht.

In dieser Eigenschaft war ich am 05.09.2009 auf der Anti AKW Demo „EINFACH MAL ABSCHALTEN – ANTI ATOM TRECK BERLIN“. Man fuhr morgens 2.20 Uhr mit einem 800 Personen Sonderzug, und gleich sah ich einen

soziokulturellen Alterskonsens, welcher derart schon lange nicht mehr am Start war.

Vom Altöko bis Neoprotestler, sowie ein paar ergraute Autonome vereinigten sich mit einem Ziel des Sofortabschaltens. Sogar eine kleine Rede über erfolgreiches Abschalten als sog. „APO“ konnte ich als Mülheim-Kärlich Erfahrener im Zug halten.

Und dann in der Hauptstadt, gefühlte 50.000 Beteiligte, welche mit einer farbfrohen Buntheit gegen Politverdrossenheit zu Felde führten.

Das machte Mut, auch für diejenigen welche nicht wählen wollen !!



Wenn man/frau von mir, über mich, mehr wissen möchte, dann auf dem elektronischen Wege:
email@roots-eventservice.de

Glück auf wo immer ihr seid.

Tom Schuhen

Leserbrief zur Ökostromtabelle aus dem KÜCK mal! Frühjahr 2009

Wir fanden bereits im letzten Heft einen Artikel mit der Bewertung von ökologischen Stromanbietern.

Für mich reduziert sich die Zahl auf vier nachgewiesenen ökologische Anbieter: Lichtblick, Naturstrom Deutschland, EW Schönau und Greenpeace energy. Als fünfter wäre vielleicht Gründlich einzubeziehen.

Grund: Die großen Energiekonzerne mit ihren Tochterfirmen wenden sich weiter gegen die Energiewende und propagieren längere Atom-Laufzeiten und Ausbau der Kohleenergie.

In Zeiten des offensichtlichen Klimawandels halte ich das für ein Verbrechen gegen die Menschheit, denn es gibt die erneuerbaren Energien, und die brauchen wir schnell ohne Wenn und Aber.

Wenn nun die KEVAG als RWE-Tochter Ökostrom-Gold anbietet, bietet sie damit den Umweltbesorgten den ohnehin vorhandenen Strom aus ihren Talsperren teurer an. Dafür kann sie ihren gleichgültigen Kunden Kohlestrom ein wenig billiger geben.

Wichtig: es entsteht kein einziges zusätzliches Wasserkraftwerk.

Der Ökokunde subventioniert nur KEVAG oder Umweltignoranten.

Also ganz wichtig: Ökostrom von den großen Konzernen einschließlich KEVAG ist Falschetikettierung. Und ich ermuntere jeden, schnell auf echten Ökokstrom zu wechseln. Das bringt die Monopolisten unter Druck und spart uns Geld. Der Wechsel ist ganz einfach: im Internet [z.B. unter www.atomausstieg-selber-machen.de, Anm. der Redaktion] oder einen Antrag im Bioladen besorgen.

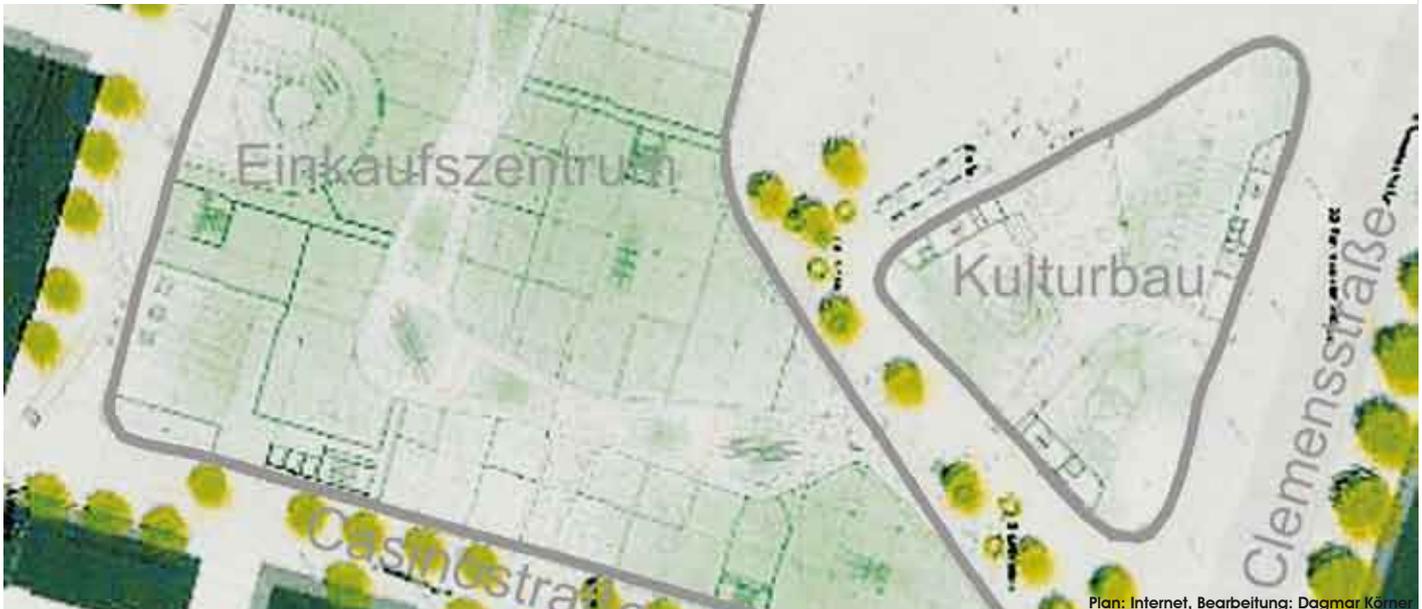
Dr. Thomas Bernhard,
Mitglied BUND und
Solarenergie-Förderverein (sfv)

Wir bauen auch in Zukunft auf die
Umwelt

von Canal architekten & ingenieure | Torhaus am Kastorplatz 5 | 56068 Koblenz | www.voncanal.de



Die zentrale Frage: Monopoly gewonnen oder zurück auf „Los“?



Plan: Internet, Bearbeitung: Dagmar Körner

Kaum ein Thema bewegt, spaltet, beeinflusst die Koblenzer Kommunalpolitik so sehr wie die umstrittene Zentralplatz-Bebauung. Sogar die konstituierende Sitzung des neuen Stadtrates und auch die Wahlauftritte der beiden OB-Kandidaten waren von diesem Streit überlagert. Reklamieren Stadtspitze und Mehrheitsfraktionen für sich, ihnen sei der große Wurf gelungen, um diesen städtebaulichen „Schandfleck“ mit einer „wegweisenden“ Architektur endlich zu beseitigen, die Innenstadt zu einem „Magnet“ für die Region zu machen und Hunderte neuer Arbeitsplätze zu schaffen, verweisen die Gegner auf immense Kostenbelastungen, die sich verschärfende Einzelhandelssituation, die Gefahr der Verödung angrenzender Innenstadtbezirke und auf erhebliche Verkehrs-Immissionen und Gesundheitsbelastungen für die Bevölkerung. Worum geht es den Zentralplatzkritikern? Was befürchten sie im Einzelnen und welche Alternativen regen sie an? Eine Auswahl aus den über 120 Einwendungen mit fast 1000 Einzelbedenken oder Anregungen zum Bebauungsplan siehe Artikel „**Alles unbeachtlich?**“ auf Seite 7.

Am 7. Juni 2009 wurde ein neuer Stadtrat gewählt. Nur drei Tage zuvor drückten Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann und der alte Stadtrat mit großer Hast den hart umkämpften Bebauungsplan 3 ohne jegliche Veränderungen oder Zugeständnisse durch die Gremien – wohl schon ahnend, dass sich in Kürze die Mehrheitsverhältnisse in Koblenz dramatisch verändern würden. Selbstgerecht

und boniert empfanden dabei zahlreiche Zuhörer das Auftreten der Mehrheitsfraktionen und des OB an diesem Sitzungstag. Auf keine der kritischen Argumente wurde ernsthaft eingegangen, 20 000 Unterschriften wurden völlig ignoriert, Aufrufe zu einer Nachdenkzeit wurden beiseite gewischt, Kritiker wurden teils unter der Gürtellinie abgewatscht („Nur Eigennutz“) und nach der „historischen“ Abstimmung mit letztlich großer Mehrheit (SPD, FBG und große Teile der CDU) beklatschten sich die Sieger in standing ovations. Peinlich!

Die Quittung folgte prompt: Am Wahlsonntag verloren CDU und SPD empfindlich, die FBG etwas, insgesamt über 16 % an Wählerstimmen. Grüne und FDP legten deutlich zu, die BIZ schaffte aus dem Stand sensationelle 10 %, hinzu kam erstmals auch ein Sitz für die Linken. Dennoch reklamierten die Wahlverlierer für sich, dass die Mehrheit der Koblenzer/innen ihre Zentralplatz-Bebauungspläne unterstützten. Wie das zu bewerten ist, siehe eine Analyse von Edgar Kühenthal, neuer BIZ-Stadtrat: „**Gewagte These**“ auf Seite 6.

Welche Auswirkungen die Ratsbeschlüsse und die Kommunalwahl auf die Stadtpolitik und die Innenstadtbebauung haben werden, lässt sich noch nicht vollends abschätzen. Vieles erscheint möglich. Es könnte sein, dass die Befürworter beim ECE-Monopoly um eine begehrte 1a-Immobilie glatt gesiegt haben. Vielleicht müssen aber alle noch mal „Zurück auf Los.“ Zunächst einmal zerfleischten sich

manche Fraktionen, insbesondere die SPD, heftig im innerparteilichen Streit. Aber trotz aller Personalquerelen hält man unverändert und offenbar unbelehrbar an dem Projekt fest. Auch der „unabhängige“ SPD-OB-Kandidat und designierte Oberbürgermeister Hofmann-Göttig will im Prinzip nichts geändert wissen. Die CDU („Alles muss auf den Prüfstand“) und ihr OB-Kandidat Labonte weckten gewisse Hoffnungen, lösten diese bislang aber nicht ein. Ungeachtet dieser Mehrheitsmeinung der Kommunalpolitiker scheint es mehrere Möglichkeiten zu geben, die Zentral-Bebauung in der vom Stadtrat beschlossenen Form doch noch zu kippen oder zu verändern:

- 1) Der Stadtrat macht seine Beschlüsse rückgängig oder modifiziert sie deutlich. Hilfreich könnte hier die äußerst prekäre Finanzsituation der Stadt sein (Gewerbesteuererbruch, Sanierungsstau, Überschuldung).
- 2) Die Beschlüsse zum städtebaulichen Vertrag und zum Bebauungsplan werden juristisch gekippt. Eine erste Klage ist bereits eingereicht – siehe nebenstehenden Artikel „**Zentralplatz: Die letzte Messe ist noch nicht gelesen!**“ – Klagen gegen den B-Plan sind noch 1 Jahr nach Veröffentlichung möglich und werden zurzeit geprüft.
- 3) Nicht nur der Stadt sondern auch dem Investor ECE geht das Geld aus.

Fazit: Wie sagte schon der große Kämpfer und Philosoph Lothar Matthäus: „Wir dürfen den Sand nicht in den Kopf stecken!“

Egbert Bialk, BUND Koblenz

Zentralplatz: „Die letzte Messe ist noch nicht gelesen!“

Stadtratssitzung vom 16.03.2009 wird juristisch aufgerollt

Die ehemalige Fraktion Dr.Gross/Henchel (heute in der BIZ) hat Klage beim Verwaltungsgericht Koblenz eingereicht – gegen den Beschluss des Stadtrats auf Nichtöffentlichkeit. Wenn diese Klage Erfolg haben sollte, könnten alle Folgebeschlüsse zur Zentralplatz-Bebauung hinfällig sein. Der populistische „Messe“-Spruch des OB-Kandidaten Labonte könnte ungeahnte Realität werden.

Ein Bericht von Stefan Bernhard Mies

Koblenz. Als letzte offizielle Amtshandlung hat die ehemalige Dr.Gross/Henchel-Fraktion noch vor der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Stadtrates Feststellungsklage beim Verwaltungsgericht Koblenz erhoben. Mit dieser Klage begehrt die ehemalige Dr.Gross/Henchel-Fraktion unter anderem die gerichtliche Feststellung, dass der Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Beratung und Beschlussfassung über den städtebaulichen Vertrag, den Grundstückskaufvertrag und den Miet-Kaufvertrag zum Zentralplatzprojekt „Forum-Mittelrhein“ in der Stadtratssitzung am 16. März 2009 rechtswidrig war. Bei dieser Feststellungsklage handelt es sich um einen sog. Kommunalverfassungsstreit, bei dem nicht einzelne Ratsmitglieder Klagegegner sind, sondern bei dem ein Teil des Rates, nämlich die ehemalige Fraktion Dr. Gross/Henchel, vom Gericht die Entscheidungen des gesamten ehemaligen Stadtrates auf ihre Rechtmäßigkeit, nämlich den Einklang mit der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz, überprüfen lässt.

Nur parlamentarische Öffentlichkeit ermöglicht demokratische Kontrolle

Begründung der Klage: Demokratische Legitimation, demokratische Kontrolle und demokratische Partizipation lassen sich sinnvollerweise nur unter der Voraussetzung parlamentarischer Öffentlichkeit verwirklichen. Die Wähler haben ihre Repräsentanten für den Stadtrat in periodisch wiederkehrenden Wahlen zu wählen. Der Wahlakt ist ein Kontrollakt gegenüber der bisherigen Tätigkeit des jeweiligen Stadtrates und zugleich ein Legitimationsakt: Ein Vertrauensbeweis in der Wiederwahl und ein Vertrauensvorschuss in der Neuwahl. Eine derartige Entscheidung setzt aber eine möglichst umfassende Kenntnis der politischen Zusammenhänge und Alternativen voraus und ist sinnvollerweise nur dann möglich, wenn der

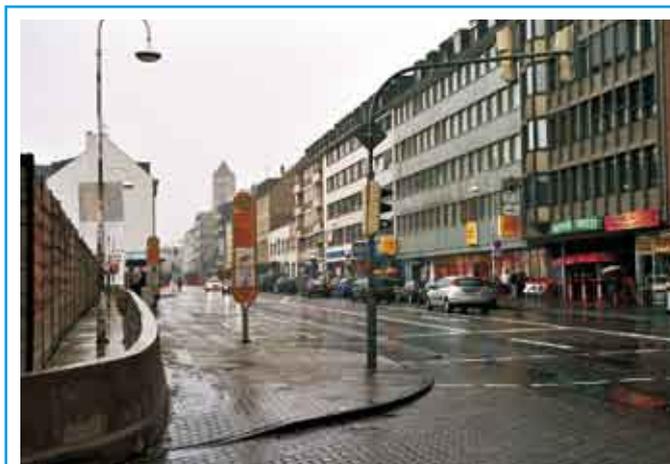
Wähler über die politischen Ereignisse, insbesondere über das Verhalten der Fraktionen und Stadträte im Stadtrat, ausreichend informiert ist. Die Öffentlichkeit der Stadtratssitzungen ist daher notwendige Voraussetzung für Wahlen auf der Grundlage demokratischer Willensbildung.

Aber auch für die Zeit nach den Wahlen behält die demokratische Funktion des Prinzips der Sitzungsöffentlichkeit des Stadtrates ihre tragende Bedeutung. Sie ermöglicht die permanente Kommunikation zwischen Stadträten und Volk, indem die fiktive Anwesenheit des ganzen Volkes den Stadträten trotz ihrer gewissenmäßigen Unabhängigkeit ständig die Tatsache ihrer Stellung als delegierter Volksvertreter bewusst gemacht und ihr Verantwortungsbewusstsein berührt wird. Dadurch wird unzulässigen Einwirkungen persönlicher Beziehungen, Einflüssen und Interessen auf die Beschlussfassung vorgebeugt und der Anschein vermieden, dass „hinter verschlossenen Türen“ unsachgemäße Motive für die getroffene Entscheidung maßgebend gewesen sein könnten. Demokratische Kontrolle kann nur dann funktionieren, wenn die einzelnen politischen Positionen im Rahmen der parlamentarischen Auseinandersetzungen ständig sichtbar gemacht werden, um sie so für die Öffentlichkeit verständlich, nachvollziehbar und damit auch kontrollierbar zu gestalten.



Billigläden und Leerstände

Jenseits der Achse Löhrcenter - Einkaufscenter Zentralplatz drohen Teile der Innenstadt zu veröden. Verlierer werden Obere Löhr und Schlossstraße sein und der heimische Einzelhandel.



Noch mehr Autos in die Innenstadt

Bis zu 7.000 Pkw/ Tag zusätzlich werden erwartet. Drastische Zunahmen in Viktoriastraße (Foto), Luisenstraße, Friedrich-Ebert-Ring und Löhrrondell. Feinstaub- und Lärmimmissionen werden auf gesundheitsgefährdende Werte ansteigen. Spitze: 75 dB(A) am Tag - 11 dB(A) über den Grenzwerten der BImSchV.

Beratungsgegenstände über längerfristige Planungen müssen zwingend in die Öffentlichkeit

Nach Ansicht der ehemaligen Dr.Gross/Henchel-Fraktion hat der Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Beratung und Beschlussfassung über den städtebaulichen Vertrag, den Grundstückskaufvertrag und den Miet-Kaufvertrag zum Zentralplatzprojekt „Forum-Mittelrhein“ in der nichtöffentlichen Stadtratssitzung am 16. März 2009 eben gegen das Öffentlichkeitsprinzip der Stadtratssitzungen verstoßen. Dabei berufen sich die Kläger auf eine Vorschrift in der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz, wonach Beratungsgegenstände, welche die mittelfristigen und langfristigen Planungen der

Gemeinde betreffen, zwingend in öffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen sind, was aus Sicht der Kläger bei der Beschlussfassung über den Städtebaulichen Vertrag, den Miet-Kauf-Vertrag und den Grundstückskaufvertrag der Fall sei.

Verträge schufen nichtöffentlich Fakten vor dem öffentlich beratenen Bebauungsplan

Zudem wird angeführt, dass, wenn der Stadtrat den Weg des Bebauungsplanes gewählt hätte, jegliche Beratung und Beschlussfassung auch zwingend in öffentlicher Sitzung hätte erfolgen müssen. „Der Weg über den städtebaulichen Vertrag darf im Ergebnis aber nicht dazu führen, dass das Öffentlichkeitsprinzip umgangen wird. Was für den Bebauungsplan gilt (Bebauungsplan ist Satzung – immer öffentlich!), muss auch für den städtebaulichen Vertrag gelten“, so die Kläger in ihrer Klageschrift.

Muss der neu zusammengesetzte Stadtrat von vorne beginnen?

Die gerichtliche Feststellung der Rechtswidrigkeit der Beschlussfassung über den Städtebaulichen Vertrag, den Miet-Kauf-Vertrag und den Grundstückskaufvertrag in der nichtöffentlichen Sitzung wegen Verstoßes gegen das Öffentlichkeitsprinzip ist für die Kläger auch dahingehend von Bedeutung, weil ein Be-

schluss, der unter Verstoß gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz zustande gekommen ist, durchaus im Einzelfall als nichtig angesehen werden kann. Die Folge wäre in diesem Fall, dass der neue Stadtrat sich erneut mit den Verträgen beschäftigen müsste – eine politisch interessante Konstellation im Hinblick auf die neue Zusammensetzung des Stadtrates.

Dass der Ausschluss der Öffentlichkeit fatale Folgen nach sich ziehen kann, hat jüngst auch die Nürburgring-Affäre mit dem Rücktritt von Finanzminister Ingolf Deubel gezeigt. Wäre die Öffentlichkeit über die riskanten Finanzgeschäfte umfänglich informiert worden, hätte Ministerpräsident Kurt Beck vielleicht nicht sagen müssen: „Wir hätten früher die Reißleine ziehen müssen!“

(Der Autor ist Pressesprecher der BIZ – Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz e.V. und Mitglied des Sozialausschusses des Koblenzer Stadtrats).

Gewagte These: Mehrheit der Wähler ist für Zentralplatz-Bebauung (?) Eine Entgegnung und Analyse von Edgar Kühnlenthal

In einem Leserbrief (in der RZ) hatte u.a. der Ortsvorsteher aus Lay versucht, aus dem Ergebnis der Koblenzer Kommunalwahl die Mehrheitsmeinung aller Koblenzer Bürger zur Errichtung eines großen Einkaufszentrums auf dem Zentralplatz zu „analysieren“. Dazu gibt es aber ganz andere Erkenntnisse und Ansichten.

1. Es ist eine Binsenwahrheit, dass die Ergebnisse von demokratischen Wahlen letztlich „nur“ repräsentativ für die Meinung aller Wahlberechtigten sind. Nach einer Wahl die Wahlergebnisse vor dem Hintergrund aller Bürger bzw. aller wahlberechtigten Bürger zu relativieren, ist regelmäßig ein Unterfangen derjenigen, die die Ergebnisse nicht akzeptieren. Man kann und man sollte über das Thema Wahlbeteiligung philosophieren. Die Wahlergebnisse selbst aber schaffen Tatsachen und sind politische Realität, nach der die politischen Akteure zu handeln haben. Das sind die politischen Grundregeln der westlichen Demokratien.
2. Folgende Tatsachen stehen nach dem Ergebnis der Koblenzer Kommunalwahl am 7.6.2009 eindeutig fest und werden von politischen Kommentatoren auch so gesehen:
 - Alle Parteien – BIZ (+ 10,0%), FDP (+2,7%), GRÜNE (+1,4%),

LINKE (+ 2,0%) – die sich eindeutig vor der Wahl gegen ein Einkaufszentrum auf dem Zentralplatz ausgesprochen haben, sind die großen Gewinner.

- Alle Parteien – CDU (-10,1%), SPD (- 5,3%), FBG (- 0,9%) – die sich eindeutig für ein Einkaufszentrum auf dem Zentralplatz vor der Wahl ausgesprochen haben, sind die teilweise großen Verlierer.
- Addiert man den Stimmenanteil der klar sich bekennenden Gegnerparteien, ergibt sich allein schon hieraus eine Gesamtheit von höchst respektablen 30,7% der abgegebenen Stimmen, die gegen ein Einkaufszentrum auf dem Zentralplatz sind! Hinzu kommen noch viele Stimmen aus den anderen Parteien, die treue Stammwähler „ihrer“ Partei gegeben haben, auch wenn sie selbst als Wähler und Bürger dieser Stadt gegen ein Einkaufszentrum sind. So haben beispielsweise die prominenten Ratsmitglieder der CDU Assenmacher (nach Stimmen 2. Platz bei der CDU!) und Keul-Göbel (nach Stimmen 4. Platz bei der CDU!) bei der Ratssitzung am 16.3.2009 mit weiteren Fraktionskollegen der CDU gegen ein Einkaufszentrum auf dem Zentralplatz gestimmt. CDU-Wähler und gleichzeitig Gegner eines Einkaufszentrums werden ihre Hoffnung sicherlich hegen, dass „ihre“ Partei noch ihre Position in dieser Frage überdenkt.

3. Was sich vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses in der SPD tut, ist für Außenstehende nicht leicht einzuordnen. Nach dem, was an Meinungsäußerungen aus den eignen SPD-Reihen in den letzten Wochen zu hören und zu lesen war, kann man sicherlich davon ausgehen, dass es auch in der SPD einen erheblichen Anteil von treuen Stammwählern gibt, die gleichzeitig Gegner eines Einkaufszentrums auf dem Zentralplatz sind.

4. Im Augenblick lässt sich sehr gut beobachten, wie vorsichtig kluge politische Akteure nach dem Vorliegen dieses Wahlergebnisses mit der für die Zukunft von Koblenz so wichtigen Frage umgehen.

(Der Autor ist Ratsmitglied der BIZ)



Karins Bioladen

NATUR- & FEINKOST
Inh.: Karin Meudt
Ein Laden.
viele Möglichkeiten.
Testen Sie uns!

• große Auswahl an **glutenfreien** Produkten
• regionale Anbieter

NATURKOSMETIK -
Wir sind Dr. Hauschka
Depotpartner!

(Brot, Getränke,
Obst & Gemüse,
Käse, Wurst)

Öffnungszeiten:
Mo. - Fr. 7.00 - 19.00 Uhr
Sa. 7.00 - 16.00 Uhr

Kurfürstenstr. 53 · 56068 Koblenz · Fon 02 61-889 62 84 · Fax 02 61-889 66 72

Alles unbeachtlich?

Zusammenfassende Auszüge der rd. 120 Einwendungen und Anregungen zum B-Plan 3 „Zentralplatz und angrenzende Bereiche“

Insgesamt gingen 121 Stellungnahmen von Bürger/innen, Firmen und Behörden ein, ca. 110 davon waren ablehnend bzw. sehr kritisch, etwa 10 beschränkten sich meist auf eher belanglose Anmerkungen, manche waren gleichlautend, viele überaus differenziert und gespickt mit brisanten Problemfragen oder Alternativvorschlägen. Insgesamt waren fast 1000 Einzelaspekte bei der Stadt eingegangen. Diese waren dann vom Ingenieurbüro KOCKS geprüft, kommentiert und zu einem Beschlussvorschlag für die Gremien bewertet worden. Dieser lautete in allen Fällen: „Die vorgetragenen Einwendungen sollen nicht geteilt werden.“ Diesem Aufruf zur „Unbeachtlichkeit“ folgte dann bekanntlich am 4.6.09 im Schulterchluss die Stadtratsmehrheit. Hier die wichtigsten Einwendungen:

1) Bernd Wefelscheid: Bürgern steht keine ausreichende Versammlungs- u. Veranstaltungsfläche zur Verfügung. Platzmindestgröße von 6000 m² nicht erreicht.

3) Stefan Wefelscheid/Stefan Mies u.a.: Kosten von über 100 Mio. € gefährden Stabilität der Stadt. Hinweis auf Projektrisiken, gefährdete Liquidität, potenzielle Insolvenz des Investors. Projekt verletzt europ. Vergaberecht.

8) Werner Faßbender: Zusätzliches Einkaufszentrum von über 25 000 m² gefährdet Einzelhandel, führt zu Geschäftsaufgaben. Vermietung erfolgt überwiegend an große Ketten. ECE hat zukünftig monopolistische Stellung.

13) Alexander Schöne/Edgar Kühenthal für die Bürgerinitiative Zentralplatz: Bebauung ist gegen den Willen weiter Teile der Koblenzer Bevölkerung. Anlage 20 000 Unterschriften.

14) Rudolf Schwerin (ehem. Baudezernent): Traubeneiche in der Casinostraße soll unter Naturschutz. 24 neue Bäume sollen in benachbarten Straßen gepflanzt werden.

15-19) Dr. Willi Heinz u.a.: Anregung Bebauung mit Markthalle und Grünfläche. Belastung der Steuerzahler. Kein schlüssiges Verkehrskonzept. Wohnqualität wird erheblich geschädigt. Konzept ist städtebaulich antiquiert.

30) Reiner Genevriere: Ablehnung wegen Leerständen, Haushaltslage; Beeinträchtigung des Einzelhandels, verkehrliche Überlastung u. Staus, Feinstaubimmissionen.

33) Siegfried Augustin: Pro B-Plan wg. großer Angebotsauswahl, Steuereinnahme, Aufwertung der urbanen Mitte.

35) Interessengemeinschaft Obere Löhre eV.: Plan steht im Widerspruch zu früheren Stadtratsbeschlüssen und EU-Projekt „City on Foot“. Abziehung von Fußgängerströmen, Verödung der oberen Löhre, Einkaufszentren haben negativen Einfluss auf In-

frastruktur und städtisches Erscheinungsbild. Nachteile für Eigentümer von Immobilien.

38) Detlef Fußinger: Auch Kulturbau wird abgelehnt, dezentrale kleine Einrichtungen in historischen Gebäuden sind lohnenswerter. Zusätzliche Autoverkehre, Vorschläge zum Verkehr Ringparksystem, Elektrobuss.

39) Karl-Josef Schäfer: u.a. Gefahr d. Veränderung des Mietpreisgefüges. Durch Uniformität d. Produkte und Geschäfte kein Alleinstellungsmerkmal („2.Löhrcenter“). Oberirdisches Parkdeck verstärkt mangelhafte Beziehung zur City. Formale Defizite der Unterlagen. Plan widerspricht dem städtebaulichen Kolloquium. Marktfunktion fehlt im Text. Zulieferung bei Wochenmarkt muss gesichert werden. Ziele des Landesentwicklungsprogramms LEP IV werden verletzt. Radverkehrsachse Casinostraße wird durch Mischverkehr geschwächt. Erhöhte Geschossflächenzahl ist nicht zulässig. Anregung einer Kosten-Nutzen-Analyse. Folgekosten wurden nicht ermittelt, insgesamt Kosten von 150 Mio. Euro. Lärm, Feinstaub, NO₂. Straßenschluchten entstehen. Vorschlag: Übergangslösung bis zur BUGA.

45) Katharina Fischer: Alternativvorschlag Seniorenwohnungen in großzügiger Grünfläche. Ausgekoffelter Bereich soll Tiefgarage für Anwohner werden.

50) Dr. Fritz Eckardt: Ausschreibung nach EU-Recht. Zwischenlösung: Tiefgarage, dadurch öff. Einnahmen. Öffentlichkeit wurde nicht über finanzielle Folgen informiert. Verkehrs- und Feinstaubprobleme.

56) Egon Weiß: Neuplanung nach Zwischenlösung während der BUGA. Ausgleichsmaßnahmen Innenhöfe sind im Plan nicht erkennbar. Kompensation von Baumverlusten in weit entfernten Gebieten (Oberwerth, Stadtwald). Umweltbilanz muss kurzliche Baumfällungen einbeziehen.

59) Dr. Michael Gross: Bebauungsplan widerspricht den Zielen der gültigen Sanierungssatzung. Probleme der Verkehrsüberlastung und des Einzelhandels. Monopolstellung des ECE. Ziele Wohnen und Hotel sind missachtet.

61) Grundstücksgemeinschaft Wehrhahn: Lärmzunahme durch LKW-Lieferverkehr, Lüftung, Hochgarage. Lärmbelastung muss auch in der Nacht berücksichtigt werden. Abwertung der Wohnungen und Arbeitsplätze durch Überwärmung, Feinstaub, Lärm, mangelnde Durchlüftung.

63) Prof Dr. Elmar Schlich: Nachteilige Folgen für das Mikroklima. Fehlende Ausgleichsmaßnahmen. EU-Grenzwerte für Fein-



Schluchtwirkung

Durch den hohen, geschlossenen Baukörper des Einkaufszentrums werden Wohn- und Aufenthaltsqualität in der Casinostraße verschlechtert: Geringe Besonnung und Belichtung, Lärm, Überhitzung. Betonschlucht statt transparentem Fußgängerboulevard.

staub einhalten. Nicht-Ausschreibung und Nicht-Öffentlichkeit sind gesetzeswidrig.

69) Christiane u. Ralf Spieß: U.a. Befürchtung der Verschlechterung der Umweltqualitäten. Keine Scharnierfunktion des Platzes für Fußgänger. Stilbruch im Stadtbild, Schluchtenwirkung. Bau-liche Erweiterung bestehender Kulturbauten und lockere Wohnbebauung mit Gastro.

70) Paul Henchel: Wettbewerbsentwurf im Bereich Casinostraße nicht eingehalten (Boulevard mit Alleecharakter, statt dessen Andienungs- und Ladestraße). Einzelne Bäume erhalten. Verweis auf Klimagutachten. Negative Beeinflussung der Fußgängerströme und des Erscheinungsbildes sowie des Einzelhandels.

76) Jac. Eich u. Sohn GmbH & Co KG: erdrückende Wirkung durch höheren Baukörper. Verengung der Casinostraße. Verschlechterung der Belichtung, Besonnung, Luftqualität. Hochdeck widerspricht besonderer Verpflichtung des Weltkulturerbes. Dachbegrünung wurde für Autos aufgegeben. Wohnnutzungen werden erschwert.

80) Carmen Parrado u. Walter Helfert: Ökolog. Ziele nicht eingehalten. Negative klimatische Auswirkungen. Grünvolumenverlust. Kein überzeugendes Energiekonzept. Negative lufthygienische Auswirkungen. Individualverkehr geht vor ÖPNV. Anregung: zusätzliche Baumpflanzungen, Begrünung umschließender Straßen u., Fassaden.

91) Stadtforum „Alle lieben Koblenz“: Prüfen der angestrebten fußläufigen Verbindungen d. Stadtquartiere.

93) Edgar Kühenthal: Verkehrliche „Machbarkeit“, insbesondere an der Herz-Jesu-Kirche, nicht nachvollziehbar. Mehr Durchgangsverkehr. Regelung nach dem „Floriansprinzip“. Beeinträchtigung der Fußgängerübergänge Löhrrstraße/Fr.-Ebert-Ring. Wertverluste durch Immissionsbelastung.

95) Gabriele Hofmann: Parkende Autos auf dem Dach passen nicht in Innenstadt. Verbindliche Forderung einer Dachbegrünung. Erneuerbare Energien einsetzen.

103/108) Uwe Lütge-Thomas, Erich Engelke, Lokale Agenda 21: Luftschadstoffuntersuchung zu ungenau. Stellplätze induzieren zusätzlichen Verkehr. Verkehrsprognose wird teilweise in Frage gestellt. Vorschläge zur Fassade, Baulinie, Zufahrt, Trennung des Fußgänger- u. Radfahr- vom Autoverkehr, Begrünung u. Baumanpflanzung. Aufwertung vorh. Passagen. Dachbegrünung und Durchgänge fehlen. Einkaufszentrum ist zu uniform u. städtebaul. Zielen nicht angepasst. Kulturbau u. Umfeld positiv. Rückbau von benachbarten Obergeschossen. Ausweitung von Fußgängerbereichen. Ausgleich im Stadtwald ist nicht sachge-



Die „Schwerin“-Traubeneiche

Baumpate ist der ehemalige Baudezernent Schwerin. Der 55 Jahre alte Baum in der Casinostraße wird wie alle verbliebenen Großbäume der Säge zum Opfer fallen. Der „Ausgleich“ soll im Stadtwald stattfinden.

recht. Anregung der Suche weiterer Begrünungsflächen in Straßen und Hinterhöfen. Erhöhung der Geschossflächenzahl von 3 auf 4 ist gesetzeswidrig.

Zusammengefasst von Egbert Bialk, BUND Kreisgruppe Koblenz



Die Herausgabe der Zeitschrift „Aufbruch“ erstmals im Juli 1931 war eine Reaktion der KPD auf das rasche Anwachsen der NSDAP und ihrer zunehmenden Akzeptanz in der deutschen Arbeiterschaft. Der Übertritt des früheren Reichswehrleutnants und nationalsozialistischen Aktivisten Richard Scheringer zu den Kommunisten im März 1931 bot der KPD die Chance, durch eine verstärkt nationalistische Agitation auch die Menschen zu erreichen, die die soziale Verelendung in Deutschland als Folge des Versailler Vertrages und der gezielt betriebenen Ausbeutungspolitik der Siegermächte des Ersten Weltkrieges sahen.

Richard Scheringer, in Koblenz aufgewachsen, hatte sich schon als jugendlicher politisch betätigt, als er im Januar und März 1923 Anschläge auf die Gutenberg-Druckerei in der Koblenzer Schloßstraße verübte, die die Zeitung „Rheinischer Herold“, das Organ der rheinischen Separatisten, herstellte. Von einem französischen Kriegsgericht wurde Scheringer dafür in Abwesenheit zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er meldete sich zur Reichswehr, wurde 1928 Leutnant und agitierte illegal für die Nationalsozialisten. Für diese Betätigung wurde er zu einhalb Jahren Festungshaft verurteilt.

Dort lernte er junge Kommunisten kennen, die mit ihm die antikapitalistische Kritik an der Weimarer Republik teilten. Als die Zusammenarbeit der Hitler-Partei mit Großindustrie und Finanzoligarchie immer deutlicher wurde, wechselte Scheringer die Fronten.

Mit der Zeitschrift „Aufbruch“, die sich ausdrücklich zum national- und sozialrevolutionären Kurs Richard Scheringers bekannte, nahm die KPD die propagandistische Linie erneut auf, die sie bereits Ende August 1930 mit ihrer „Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ begonnen hatte. Als der legendäre Freikorpsführer Hauptmann a.D. Beppo Römer die Zeitschrift übernahm, gewann sie verstärkt Einfluß auf nationalistische und militärische Kreise. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 und dem Verbot der Zeitschrift „Aufbruch“ endete dieses so erfolgversprechende Projekt, den „Grenzgängern zwischen links und rechts“ eine politische Neuorientierung zu bieten.

„Aufbruch“

Dokumentation einer Zeitschrift zwischen den Fronten
Vollständiger Reprint der 12 Ausgaben (1931-1933)

Vorwort: Prof. Dr. Peter Steinbach und Dr. Susanne Römer
Einführung: Dr. Hans Coppi

21 x 28 cm · 384 S. · 38,00 Euro · ISBN 978-3-923532-70-9

Verlag Dietmar Fölbach · Schützenstr. 44 · Koblenz

Vor der eigenen Tür kehren!

- In der Eifel vor der Koblenzer Tür lagern Atomwaffen -



Am Nagasaki-Gedenktag, dem 9. August, machten sich einige Koblenzer_innen auf, um an der Demonstration und Kundgebung mit Großpuppen und einer kurzen symbolischen Blockade auf der Zufahrt zum Militärflugplatz Büchel in der Eifel teilzunehmen. Vielen Menschen der Region ist nicht bekannt, dass auf dem dortigen Fliegerhorst etwa 20 Atombomben lagern. Es handelt sich dabei wahrscheinlich um lasergelenkte Präzisionsbomben GBU-24 und den Lenkflugkör-

„Der gerade erfolgte Abzug von 130 US-Atomwaffen aus Ramstein ist zu begrüßen, dem die verbliebenen 20 Atomwaffen im pfälzischen Büchel bald folgen sollten. Damit dieser Abzug aber nicht nur taktischen Charakter hat, muss die sog. „atomare Teilhabe“ der Bundesrepublik nunmehr ebenfalls bald beendet werden. Damit könnte Deutschland der Welt ein glaubhaftes Zeichen geben, sich nicht länger auf den „Schutz“ dieser Waffen zu verlassen.“ Bischof Dr. Heinz-Josef Algermissen, Fulda.

pern Taurus, beides Uranwaffen. Von Taurus sind 600 Stück für Deutschland, auch für das Bücheler Jagdbombergeschwader 33, produziert worden.

Unter den etwa 100 Demonstrant_innen befand sich auch die 82jährige Schauspielerin und ehemalige Mutlangen-Blockiererin Barbara Rütting, ehemals Alterspräsidentin im Bayrischen Landtag. „Es ist unglaublich, dass hier in der Eifel immer noch Atomwaffen lagern“, sagte sie und bekundete von der Bühne herab ihre Sympathie mit den Atomwaffengegner_innen.

Fast 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges lagern immer noch Atomwaffen in Deutschland, die für den Einsatz im Ernstfall vorgesehen sind. Jede einzelne dieser Atomwaffen hat die Zerstörungskraft von mehreren Hiroshima-Bomben. Sie tragen nicht zu unserer Sicherheit bei, im Gegenteil, sie ziehen Gelder ab, die wir gegen die heutigen Bedrohungen (z.B. den Klimawandel) benötigen.

Mit der Kampagne **unsere zukunft - atomwaffenfrei** fordert ein Zusammenschluss von über 40 unabhängigen Organisationen in Deutschland einen

wegweisenden Beitrag Deutschlands zu einer atomwaffenfreien Welt. Konkrete Schritte sind gefragt. Die Mitarbeit an der Einsatzplanung von Atomwaffen muss eingestellt und der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland veranlasst werden. Es dürfen keine Kampfbomber und Soldaten für den Einsatz von Atomwaffen bereitgestellt werden.

Das Ziel der Kampagne ist, dass Deutschland bei der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Jahr 2010 vor den Vereinten Nationen verkündet: „*Deutschland ist atomwaffenfrei: Wir haben die nukleare Teilhabe beendet, als Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt.*“

Weitere Informationen:
www.atomwaffenfrei.de

Text: Werner Huffer-Kilian
Foto: Esther Kilian

„Im Teufelskreis der Absicht, Böses mit Bösem zu vergelten gewinnen auch die Atomwaffen wieder eine Bedeutung. Die Ausbreitung der Atomwaffen lässt sich nur verhindern, wenn die bisherigen Atomkräfte die Verfügung über atomare Waffen und andere Massenvernichtungswaffen beenden. Das schließt die 150 amerikanischen Atomwaffen ein, die in Deutschland lagern.“ sagte Bischof Dr. Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der EKD, vor dem Abzug der 130 Atomwaffen vom US-Flugplatz Ramstein.

Neuer Vorsitzender bei ÖKOSTADT Koblenz

Dieter Schulz gibt Amt nach 16 Jahren weiter

Tom Schuhen heißt der neue Vorsitzende des Vereins ÖKOSTADT Koblenz e.V. Die Mitglieder wählten den 42jährigen selbständigen Veranstaltungsmanager auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung zum Nachfolger von Dieter Schulz.

„Nach 16 Jahren an der Spitze des Vereins freue ich mich darüber, einen engagierten Nachfolger gefunden zu haben.“ erklärt Schulz, der den Verein 1993 gemeinsam mit sechs weiteren Leuten gegründet hat. Ziel war es in erster Linie, ein Carsharingangebot in Koblenz aufzubauen.

Heute hat der Verein 167 Mitglieder, von denen 122 das Projekt teilAuto nutzen. Im Stadtgebiet verteilt stehen ihnen zur Zeit acht Fahrzeuge zur Verfügung, die sie bei Bedarf gegen Entgelt stunden-, tages- oder wochenweise reservieren können. Die Anschaffung eines eigenen Autos ist für sie daher überflüssig und so kann ein teilAuto etwa sieben Privat-Pkw ersetzen, was sich nicht nur positiv auf den

Geldbeutel, sondern auch für die Umwelt auswirkt. Neben der eingesparten Energie für Herstellung und Entsorgung der Fahrzeuge nutzen Carsharer viel häufiger umweltfreundlichere Alternativen, weil die Fixkosten eines Autos auf jede einzelne Nutzung umgelegt werden und somit in der Regel ein finanzieller Anreiz gegeben ist, mit Bus und Bahn zu fahren, das Fahrrad zu nutzen oder einfach zu Fuß zu gehen.

Neben dem Carsharingprojekt baute Schulz in seiner Zeit als Vorsitzender auch das Koblenzer Umweltbüro KUB.A in der Eltzerhofstraße auf, das heute Kontaktstelle auch für andere Umweltvereine ist, nämlich Greenpeace, BUND, ADFC, VCD und attac.

Als drittes großes Projekt ist es gelungen, zweimal im Jahr eine Zeitung herauszubringen, den Koblenzer Umweltkurier „KuCK mal!“, in dem die genannten Vereine über ihre aktuelle Arbeit berichten.



Der neue ÖKOSTADT-Vorstand dankt dem langjährigen Vorsitzenden Dieter Schulz mit Blumen und einer Flasche Biowein für seine Arbeit. Von links nach rechts: Manuel Broicher (Kassenwart), Tom Schuhen (1. Vorsitzender), Dieter Schulz, Marco Hackenbruch (2. Vorsitzender)

Auch wenn Schulz den Vorsitz nun weiter gibt, bleibt er im Verein doch als Projektleiter für das Carsharing aktiv.

Komplettiert wird der Vorstand durch die Bestätigung der bisherigen Amtsinhaber Marco Hackenbruch (2. Vorsitzender) und Manuel Broicher (Kassenwart).

Pressemitteilung ÖKOSTADT Koblenz

Viele Koblenzer nutzen kostenlosen Stromspar-Check

Projekt der Caritas hilft finanzschwachen Haushalten und schult gleichzeitig Langzeitarbeitslose



Die Stromsparhelfer überprüfen auch die Verbrauchsdaten der Dunstabzugshaube.
(Foto: Zeljko Jakobovack)

Die Stromkosten sind in den vergangenen Jahren extrem gestiegen. Gleichzeitig blieben die Regelsätze für Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und Wohngeld auf niedrigem Niveau. Viele Menschen aus unserer Mitte wissen oft nicht mehr, wie sie die Rechnungen ihrer Energieversorger bezahlen sollen.

Seit April dieses Jahres läuft mit großem Erfolg der Stromspar-Check, ein Gemeinschaftsprojekt des Deutschen Caritasverbandes und des Bundesverbandes der Energie- und Klimaschutzagenturen (eaD). In Koblenz beteiligt sich die CarMen gGmbH, ein Tochterunternehmen des Caritasverbandes.

„Bereits in den ersten vier Monaten nutzten 173 Haushalte den kostenlosen Check, um ihre Elektrogeräte auf Herz und Nieren prüfen zu lassen“ erläutert Oliver Mogk, Fachleiter bei der CarMen gGmbH.

Die vier geschulten Stromsparhelfer sind in zwei Teams im Einsatz. Beim ersten Hausbesuch werden eine Bestandsaufnahme sowie eine Analyse des Verbraucherverhaltens durchgeführt. Beim zweiten Besuch erteilen sie anhand eines Mess- und Auswertungsprotokolls qualifizierte Ratschläge zum Stromsparen und händigen Energiesparlampen, schaltbare Steckerleisten, TV-Abschalter und andere Geräte aus. Diese Soforthilfen können einen Wert von bis zu 70 Euro haben. „Viele Menschen reagieren zunächst ungläubig und sind sehr überrascht. Erst bekommen sie einen kostenlosen Stromspar-Check und erhalten im Anschluss auch noch Strom sparende Mittel geschenkt“, beschreibt Stromsparhelfer Günther Geiger.

Er kennt wie seine drei Kollegen die Sorgen und Nöte der Haushalte aus eigener Erfahrung, war selbst über einen längeren Zeitraum arbeitslos. Das Projekt eröffnete ihm eine neue Zukunftsperspektive, gefördert durch einen Beschäftigungszuschuss der ARGE Koblenz. „Wir wurden durch intensive Schulungen auf unsere Aufgabe vorbereitet. Es ist ein schönes Gefühl, wieder zu arbeiten und gleichzeitig anderen Menschen zu helfen“, so Günther Geiger weiter.

Die Zahlen seit April können sich sehen



Stromsparhelfer Günther Geiger überprüft den Kalt- und Warmwasserverbrauch im Bad - gerade Durchlauferhitzer bieten große Einsparmöglichkeiten durch einen Wasserbegrenzer

lassen. Innerhalb dieser Zeit konnten bereits mehr als 40.000 kWh und fast 25.000 kg CO₂ pro Jahr eingespart werden. Darüber hinaus wurde Soforthilfen in Höhe von ca. 9580,- Euro in den Haushalten eingebaut.

„Das Projekt soll verlängert werden, blickt Oliver Mogk optimistisch auf die kommenden Monate. Der Stromspar-Check, ein Projekt mit Zukunft und Vorbildcharakter.

Weitere Informationen erhalten Sie bei der CarMen gGmbH, Im Acker 23, 56072 Koblenz, Telefon 02 61 / 91 16 00, E-Mail: mail@carmenggmbh.de oder unter www.stromspar-check.de

Ein Glücksfall für Rheinland-Pfalz

154 Mio. Euro im Jahr für Umweltschutz, Sport, Denkmalschutz, Kunst und Kultur sowie soziale Projekte.



© cornerstone/PIXELIO

 **LOTTO**
Rheinland-Pfalz

Technik und Umwelt als Bildungsziel

Veranstaltungen der Görlitz-Stiftung ziehen weitere Kreise

Solarboot-Cup jetzt europäische Veranstaltung

Am 4. Juli 2009 fand erneut der Solarboot-Cup auf der Mosel statt. Wieder hatten über 400 Schüler solar angetriebene Boote gebaut, und die großen Wanderboote traten in diesem Jahr erstmals unter einem europäischen Reglement an. Nach spannenden Ausscheidungsläufen gab es schließlich eine Doppelspitze. Das Team der Realschule Diez lag gleichauf mit der Technischule Ettelbrück (Luxembourg), und auch der dritte Platz ging an eine Luxembourger Schule. So war auch der Modellbau grenzüberschreitend erfolgreich. Nach diesem erfolgreichen Tag war klar: Auch im nächsten Jahr startet der Solarboot-Cup in eine weitere Runde.

„Sei ein Futurist“: Der Elektroroller der Jugendwerkstatt erhält einen Preis im Wert von 1.000,00



Das Projekt „Elektroroller mit Solartankstelle“ hat erfolgreich an der Initiative „Sei ein Futurist!“ teilgenommen und 1.000,00 Euro gewonnen. Die Idee, einen solchen importierten Elektroroller TÜV-tauglich umzubauen, entstand in der Jugendwerkstatt. Fünf Jugendliche und der Projektleiter Andreas Schmidt bauten innerhalb von sechs Wochen eine Solartankstelle, die den Elektroroller mit Energie versorgen kann. Über die Auszeichnung hinaus darf sich die Jugendwerkstatt nun auch um die Preisverleihung als offizielles Projekt der UN-Dekade bewerben.

Die neuen Kurse der Jugendwerkstatt „Energie & Technik“ beginnen wieder am 04.11.09



Erste handwerkliche Arbeiten für die ganz Kleinen können ab November in dem Bastelkurs Holz, Mechanik, Technik erprobt werden. Hier wird nach Herzenslust gesägt, gehämmert, geleimt und geschraubt – was, das wird gemeinsam mit den Teilnehmern und Teilnehmerinnen entschieden. Hier sind also eigene Ideen und Kreativität gefragt! In weiteren

Kursen wird im Team ein funktionsfähiges Windrad gebaut, das wirklich Strom erzeugt oder es wird mit richtigen Solarzellen experimentiert – all dies und vieles mehr bietet die Jugendwerkstatt der Martin Görlitz Stiftung interessierten Kindern und Jugendlichen zwischen 7 – 16 Jahren.

Die Jugendwerkstatt geht am 4.11. mit einem vielseitigen und abwechslungsreichen Programm in eine neue Runde, in dem die Teilnehmer/innen über praktisches und selbstständiges Werken und Experimentieren Einblicke in wichtige und zukunftssträchtige Umwelt- und Technikthemen erhalten.

Warum diese Themen so wichtig sind, lässt sich beinahe täglich in den Medien nach verfolgen: Rohstoffe und Ressourcen der Erde sind endlich und daher muss sparsam und sorgsam mit ihnen umgegangen werden. Hautnah erleben wir es an den steigenden Preisen für Gas und Benzin. Auch wenn kein allgemeingültiger Konsens über Ursachen und Zusammenhänge herrscht, eines gilt ohne Zweifel: Kindern und Jugendlichen sollte Wissen und Handwerkszeug vermittelt werden, um sich auf veränderte Umwelt, Märkte und Rahmenbedingungen einzustellen und konstruktiv an Lösungen mitzuarbeiten.

Diesem Ziel soll mit den unterschiedlichen Kursen näher gekommen werden – natürlich mit viel Spaß und Kreativität. Die Kurse erstrecken sich über 6 Nachmittage in wöchentlichem Abstand und dauern in aller Regel von 16 – 18 Uhr. Der Teilnahmepreis beträgt pro Kurs 25 Euro, je nach Kurs fallen noch weitere Materialkosten in moderatem Rahmen an.

Das Team der Martin Görlitz Stiftung auf der „Nacht der Technik“ in der HWK am 7. und 8. 11.09

Gerne informiert Sie das Team der Martin Görlitz Stiftung persönlich auf der nächsten Nacht der Technik am 7. und 8. November im Kompetenzzentrum der HWK über Ziele und das Programm der Stiftung und der Jugendwerkstatt. Die Martin Görlitz Stiftung ist mit einem eigenen Infostand vertreten und freut sich über Ihren Besuch. Vorbei kommen lohnt sich gleich doppelt, da ein Gewinnspiel mit attraktiven Preisen winkt.

Auskunft und Anmeldung unter 0261/922013-70 (Dipl.-Päd. Stephanie Müller, Projektleiterin) oder per E-Mail: Stephanie.Mueller@goerlitz-stiftung.de

Das genaue Kursprogramm und weitere Informationen finden Sie auf der Homepage www.goerlitz-stiftung.de

Die Arbeit der Jugendwerkstatt wird unterstützt durch die LZU, Landeszentrale für Umweltaufklärung.

Pressemitteilung Görlitz-Stiftung

jugendwerkstatt
Energie & Technik

jetzt anmelden

Wir bieten in Metternich ein interessantes Kursprogramm für Jugendliche von 8 bis 18.

Herbst/Winter Kurse

mittwochs:

Wir bauen ein richtiges Windrad

Das kriegen wir wieder hin - Schrott wird flott

donnerstags:

Bastelkurs Holz-Mechanik-Technik ab 7 Jahren

Energiemaschinen im Experiment

freitags:

Wir bauen ein Solarhaus

Arbeitsgruppe Modellbau: Elektronik für Große Eisenbahnen

Zusatzkurse bei Bedarf:

Wir experimentieren mit automatischen Musikinstrumenten

Elektronik für Anfänger: Lötens und schalten

IV. Quartal: 04.11. - 11.12.2009
jeweils Mi, Do, Fr nachmittags
von 16.00 - 18.00 Uhr

Detaillierte Informationen im Kursplan. Abholen, anfordern oder online lesen!

Martin Görlitz Stiftung
Bubenheimer Weg 23 • 56072 Koblenz
Telefon: 0261 - 922013-70 • Telefax: 0261 - 922013-75
Internet: www.goerlitz-stiftung.de • E-Mail: info@eus.org

um  denken
Die Jugendwerkstatt wird unterstützt von:
Landeszentrale für Umweltaufklärung
Rheinland-Pfalz

So GEHT es nicht weiter:

Die Koblenzer Innenstadt ist kompakt und eben, somit ideal für Radfahrer und Fußgänger, die ihre Wege umweltfreundlich und kostenneutral in der Innenstadt zurücklegen wollen. Nur wird es den Koblenzern immer schwerer gemacht, zu Fuß oder per Rad an ihr Ziel in der Innenstadt zu kommen. Den Forderungen des VCD nach einer konsequenten Verbesserung des Rad- und Fußverkehrs wird nicht entsprochen, stattdessen werden Radrouten und Fußwege zunehmend verengt. Einige Rückschritte werden im Folgenden in Bildern unter dem Titel: So GEHT'S nicht weiter! vorgestellt. Es stellt sich die Frage, ob wir dies hinnehmen müssen? Der Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) sagt: **So GEHT'S nicht ! Wir brauchen mehr Raum für Fußgänger und Radfahrer!**



Es ist schön, dass sich immer mehr Leben auf der Straße abspielt und die Gastronomie ihre Leckereien anbietet. Es kann aber nicht GEHEN, dass sich dafür die Gehwege und Radwege verengen, wie dieses Beispiel in der Oberen Löhrrstraße zeigt. Der VCD hatte bei der Planung der Oberen Löhrrstraße darauf hingewiesen, dass es zu Konflikten kommen wird. Heute beobachtet man beinahe täglich, dass die Radfahrer aufgrund des schlechten Radroutenangebotes auf dem Gehweg fahren. Stattdessen wird, wie man sieht, dem KFZ-Verkehr üppiger Raum zum Fahren und Parken eingeräumt

Dass dieser Raum anscheinend immer noch nicht ausreicht, zeigen folgende Bilder, die übrigens NICHT die Ausnahme bilden!



Wenn die Parklücke mal zu klein ist, bzw. das Auto zu lang, parkt man halt auf dem Radangebotsstreifen, die Radfahrer können ja drum herumfahren, wenn sie es rechtzeitig bemerken So GEHT'S nicht. Oft werden Regelverstößen des PKW-Verkehrs nicht konsequent geahndet, was sich nicht selten in ein „Gewohnheitsrecht“ wandelt. So GEHT'S nicht, sagt der VCD, insbesondere wenn dabei der Fuß- und Radverkehr eingeschränkt und behindert wird, bzw. zur Gefährdung führt.



Die Krone setzt dann dieser „wilde“ Parkplatz (Friedrich-Ebert-Ring) auf: die seit langem illegal auf dem Gehweg geparkten Pkw wurden im Frühjahr sogar



durch die Markierung eines Privatparkplatzes „geadelt“. Nur leider befindet sich der Parkstand direkt im bisher öffentlich zugänglichen Laufweg von der Bahnhofstraße in den Friedrich-Ebert-Ring. So GEHT'S nicht sagt der VCD und fordert mehr Raum und attraktive Wege für Fußgänger und Radfahrer.



Das letzte Bild verdeutlicht sehr anschaulich, wie es derzeit um den Radverkehr in Koblenz STEHT: Wie es halt nicht weiterGEHT !! Nämlich dass die Fuß- und Radverkehrsanlagen sich im Rückwärtsgang befinden und nicht, wie es der VCD fordert, weiter ausgebaut werden.

Unterstützen Sie deshalb den VCD bei seinen Forderungen nach mehr Raum für Fußgänger und Radfahrer, sind dies doch die einzigen Verkehrsteilnehmer, die 100% umweltfreundlich unterwegs sind, da sie keine Abgase ausstoßen.

Mario Pott, VCD

Brohltalbahn

Vulkan-Expreß

Winterfahrplan 2009/10

km	Bahnhöfe der Brohltalbahn	Nikolausfahrten	Winterfahrten
0,0	Brohl B.E. 67 m	10.00, 13.00, 15.45 Uhr an jedem Adventswochenende und am 4.12.	10.15 Uhr Winterfahrten mit und ohne Wanderung
4,2	Bad Tönisstein 119 m		
5,5	Burgbrohl 145 m		
5,5	Burgbrohl		17.01.2010
10,2	Niederzissen 195 m		31.01.2010
12,0	Oberzissen 226 m		14.02.2010
12,0	Oberzissen	Die Fahrten finden nur bei genügend Voranmeldungen statt.	28.02.2010
17,5	Engeln 465 m		Rückkunft in Brohl ca. 16.00 Uhr
17,5	Engeln 465 m		Frühlingfahrt 14.03.2010
12,0	Oberzissen 226 m	Deshalb frühzeitige und verbindliche Anmeldung!	
10,2	Niederzissen 195 m		175 Jahre Deutsche Eisenbahnen Jubiläumsfest 2010
5,5	Burgbrohl 145 m		2. - 6. April in Brohl
4,2	Burgbrohl		Fahrzeit ca. 1 3/4 Std.
5,5	Bad Tönisstein 119 m		
0,0	Brohl B.E. 67 m		

Auf schmaler Spur durch die Natur – von Brohl am Rhein nach Engeln in der Eifel

Über Viadukte, durch einen Tunnel und über eine 5,5 km lange Steilstrecke mit 400 m Höhenunterschied im Vulkanpark Brohltal / Laacher See



Der schmalspurige Vulkan-Expreß der Brohltalbahn fährt von Ostern bis November: Sa., So., Di., Do. und Feiertage, von Juni bis Sept.: Mi. und Fr. Abfahrt Bahnhof Brohl/Rhein: 9.30 und 14.10 Uhr (Mi. und Fr. nur 9.30 Uhr) Zusätzliche Abendfahrten von April bis November, Nikolaus- und Winterfahrten, kostenloser Fahrradtransport, Getränkeservice im Zug, Sonderfahrten nach Ihren Wünschen – sprechen Sie mit uns !

Ob alleine, zu zweit oder in Gruppen, mit dem Verein, mit Kollegen oder dem ganzen Betrieb, mit oder ohne Fahrrad, für den Wander- und Naturfreund, aber auch für den, der nur mit dem Zug wandert. Geführte Wanderungen im Vulkanpark zu allen Jahreszeiten.

Brohltal-Schmalspureisenbahn Betriebs-GmbH

Kapellenstraße 12 · 56651 Niederzissen · Tel. 0 26 36 / 8 03 03 · Fax 0 26 36 / 8 01 46

www.vulkan-express.de · buero@vulkan-express.de · automatische Fahrplanansage: 0 26 36 / 8 05 00

Verke(h)rt: Sünden der Koblenzer Verkehrspolitik

1. Mangelnde Kontrolle und Ahndung

Kontrollen zur Einhaltung der Regeln finden offensichtlich zu selten statt. Das Mitbenutzen von Rad- und Gehwegen aus Bequemlichkeit und das damit verbundene Behindern von Radfahrern und Fußgängern wird zum „Gewohnheitsrecht“. Die Verwaltung möchte offenbar die Autofahrer nicht „belästigen“ und nimmt dadurch in Kauf, dass Radfahren und zu Fuß gehen in unserer Stadt noch unattraktiver und gefährlicher wird. Eini-ge eklatante Beispiele:



Parken auf Radwegen: Bsp: Hohenfelder Straße/ Löhr-Center. Die Szenerie ist zumindest jeden Samstag dieselbe: Der Fahrradstreifen ist durch „nur kurz“ parkende Fahrzeuge blockiert, ebenso die Rückstauzone vor der Tiefgarageneinfahrt. Fahrradfahrer müssen sich in den fließenden Verkehr einordnen – für unsichere Fahrer, v.a. für Kinder eine echte Gefahr. Für die Pkw-Fahrer ist der Fahrradstreifen ein adäquater Standstreifen – Hauptsache der Autoverkehr wird nicht behindert. Kontrollen?

Lösung: In diesem Fall wäre eine bauliche Änderung dringend notwendig.



Die gegenüberliegende Seite: Auch hier kommt der Fahrradstreifen als Mehrzweckstreifen gerade recht. Verbote werden ignoriert. Bis weit in die Bushaltestelle wird der Seitenstreifen als Parkplatz von allzu bequemen Autofahrern missbraucht.

Lösung: Ein vom Radstreifen mit Borden abgetrennter Haltestreifen mit Ein- und Ausfahrt, der zum Absetzen von Menschen oder vom Lieferverkehr genutzt werden kann.



Verkehrswidriges Parken auf Kosten der Fußgänger auch im Entenfuhr: der Verkehrsberuhigte Bereich gestattet das Parken nur auf markierten Flächen. Trotzdem wird eine Hälfte des Straßenraums fast durchgängig zum „preiswerten“ Parken missbraucht. Fußgänger, Radfahrer und Autoverkehr müssen mit dem Rest der Fläche auskommen.

Lösung: Hier helfen wohl nur massive Kontrollen und die „Aufklärung“ über die Bedeutung des Zeichens 325 StVO.



Parken in Fußgängerzonen – Bsp. Bahnhofplatz/Post: Mal eben einen Brief für den Post bringen oder Briefmarken kaufen geht offenbar nur, wenn man bis vor die Tür fahren kann. Der Platz vor der Post ist teilweise ein großer Parkplatz – mit entsprechendem Verkehr.

Lösung: Ein versenkbarer Absperrpoller oder die Ausweitung der Kontrollen wären angebracht.



Parken in Fußgängerzonen – Bsp. Schlossstraße: Die Respektierung der Fußgängerzone obliegt dem Ermessen (oder gesunden Autofahrerverstand?). Die Schlossstraße wird als Parkplatz und Durchgangsstraße missbraucht. Auch hier kann sich der Fußgänger nicht mehr frei und gefahrlos bewegen.

Lösung: Auch hier wäre eine Ausweitung der Kontrollen notwendig. Für das Befahren von Fußgängerzonen könnten Strafen verhängt werden. Ordnungsamt und Polizei sind zur Zusammenarbeit aufgefordert.



Allerdings „kostet“ das Befahren der Fußgängerzone lediglich 20 Euro, sofern einmal eine der seltenen Kontrollen stattfindet. Angesichts des geringen Risikos, erwischt zu werden, für viele eher eine „Benutzungsgebühr“. Aber auch eine Aufklärungskampagne täte Not. Die Regelungen für Fußgängerzonen, Verkehrsberuhigte Bereiche und die Definition von Lieferverkehr sind vielen motorisierten Verkehrsteilnehmern offenbar kaum bekannt.



Parken in Fußgängerzonen – Bsp. Münzplatz: Jeden Samstag dasselbe Bild: preiswert Parken in der Fußgängerzone. Einer der schönsten Plätze der Stadt verkommt zum Parkplatz. Aufenthalt unattraktiv.

Lösung: Mehr Personal für das Ordnungsamtsamt. Samstags wäre auch einmal eine Absperrung angebracht.

2. Strukturelle Benachteiligung des Fußgängers durch mangelhafte Planung

Bei der Anlage von Straßen zeigt sich immer wieder: Der Autoverkehr genießt uneingeschränkte Priorität. Die Bedürfnisse der übrigen Verkehrsteilnehmer werden ausgeblendet. Verkehr und Straßenraum werden nur eindimensional betrachtet, Städtebau und Stadtstruktur bleiben unberücksichtigt.



Kein Platz für Fußgänger – Bsp. aus Moselweiß: Die Fahrbahn wird mit un- verminderter Breite durch die enge Be-

baung geführt (und dabei trotzdem das Parken gestattet). Der Gehweg schrumpft auf 15cm Breite. Hier haben nicht nur Menschen mit Kinderwagen keine Chance. Sie müssen die Fahrbahn benutzen und sich dem Autoverkehr unterordnen, weil eine Engstelle in der Fahrbahn dem Autofahrer offenbar nicht zugemutet werden kann.

Lösung: Der Gehweg ist in gleichbleibender Breite um das Haus herumzuführen um damit den schwächsten Verkehrsteilnehmern mehr Schutz zu geben. Solche Lösungen werden sogar an Bundesstraßen praktiziert! Für den Autoverkehr ist eine Engstelle mitten im Ort auf jeden Fall zumutbar.



Wichtige Verbindungen – für Fahrradfahrer nicht passierbar – Bsp. Schlossstraße: Neu geplant, aber Fahrradfahrer sind hier nicht vorgesehen. Die Verbindung vom Schloss zum Löhrndell ist mit dem Fahrrad nur über Umweg zu machen. In der Gegenrichtung sieht es kaum besser aus. Die Fahrt geradeaus in die für Fahrradfahrer freigegebene Fußgängerzone ist nach der Beschilderung eigentlich nicht möglich, es gibt nur je eine Rechts- und Linksabbiegerspur.

Lösung: Die Einbahnstraße muss in Gegenrichtung für den Radverkehr freigegeben werden, notfalls durch punktuellen Umbau der Fehlplanung. Die Beschilderung in Gegenrichtung hat den Fahrradverkehr zu berücksichtigen.



Fußgänger unter die Erde: Bsp. Hohenfelder Straße/Löhr-Center: Ein ebenerdiges Queren der Straße ist nicht vorgesehen, auch wenn das Schild solches vermuten lässt. Um den Autoverkehr nicht unnötig(?) zu stören, müssen Fußgänger das Niveau wechseln. Hier gibt es zwar eine mit Umwegen verbundene Rampe aber „ebenerdig“ ist etwas anderes ...

Lösung: Fußgänger gehören nicht „unter die Erde“, sondern auf die Straße. Ein Umbau der Straße, z.B. mit Mittelinsel/Mittelstreifen muss den Belangen des querenden Fußgängerverkehrs Rechnung tragen. Das Löhr-Center ist Teil der Stadt und nicht eine nur per Auto erreichbare Insel im Verkehr.



Radwege in Flächenkonkurrenz zum Fußgänger – Bsp. Rizzastraße: Hier, wie in der neu angelegten Löhrstraße müssen sich Radfahrer den Platz mit den Fußgängern und den weiteren Nutzungen, die

den öffentlichen Straßenraum beanspruchen teilen, während der Autoverkehr den weitaus größten Teil zugesprochen bekommt. Glücklicherweise gibt es hier noch reges Leben und Läden, die sich in die Stadt integrieren (und sich nicht als „Schuhkarton“ mit umgebendem Großparkplatz darstellen, wie al(l)di Lidl's, Pennys und Normas). Dem Leben jenseits des vorbeirauschenden Autoverkehrs wird jedoch nur ein verschwindend geringer Raum zugestanden. Konflikte und gefährliche Situationen sind an der Tagesordnung. Hier werden Radfahrer und Fußgänger „aufeinander angesetzt“ und gegeneinander ausgespielt.

Lösung: Der Radstreifen gehört auf die Fahrbahn verlegt, ggf. mit einem Bord zum Fahrstreifen des Autoverkehrs abgetrennt.



Unterhöhung von Verkehrsregeln – Bsp. Roonstraße: Schön, dass es hier einen Zebrastreifen gibt, der dem äußerst starken Fußgängerverkehr zwischen Bahnhof und Innenstadt unmissverständlich Vorrang einräumt. Nur hätten Fußgänger hier ohnehin Vorrang. Aus der Hauptstraße abbiegende Fahrzeuge müssten auch ohne Überweg warten. Problematisch ist, dass eine solche Beschilderung letztlich dazu führt, dass sich die Ansicht verbreitet, Fußgänger hätten grundsätzlich dem Autoverkehr Vorfahrt zu gewähren, wenn nicht ein Zebrastreifen ausnahmsweise etwas anders festlegt. Eine Beobachtung, die einem jeden Tag aufs Neue bestätigt wird, wenn man als Fußgänger nicht von vorneherein auf alle Rechte verzichtet ...

Lösung: Durch die Art der Verkehrsführung muss verdeutlicht werden, dass Autofahrer abbiegen und damit wartepflichtig sind, wenn sie in die Roonstraße fahren. Die Querungsstelle des Fußweges kann durch eine erhöhte Aufpflasterung optisch hervorgehoben werden, sodass ein zügiges Überfahren nicht mehr möglich ist; dann ist auch die Beschilderung als Überweg (Zeichen 350 StVO) nicht mehr notwendig.

Oliver Prells



Bernd Regenhardt

Zweiradmechanikermeister

Zubehör
Service
Zweiräder

Markenbildchenweg 28
56068 Koblenz
radsport-regenhardt.de

Telefon 02 61/33 667
Telefax 02 61/33 665
Privat 02 61/33 661

FÜR BERUFSPENDLER 2009



- Monatskarte (im Abo)
- 9-Uhr Monatskarte (im Abo)
- VRM-Job-Ticket

Besser **Bus&Bahn** im **VRM**

INFO-HOTLINE 01805 986 986

(0,14 €/Min., aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk abweichend)

www.vrminfo.de

Heute: Über sieben Brücken sollst Du geh'n...



Brücken für Fußgänger – in Koblenz ein Kapitel mit Schattenseiten. Die Brücken verbinden gemeinhin zwei Seiten, sie überwinden Hindernisse, schaffen kurze Wege. Nicht so in Koblenz, zumindest was den Fußgänger- und Radverkehr betrifft. Anhand des Umgangs mit maroden Brücken wurde in den vergangenen Jahren wiederholt deutlich, dass dieser Form der Basismobilität des Menschen in der Stadt beiderseits von Rhein und Mosel kaum eine Bedeutung zugemessen wird. Seit dem 27.06.2009 ist nun nach langer Sperrung die Horchheimer Eisenbahnbrücke mit einem Provisorium endlich wieder geöffnet. Ein – überfälliger – Grund zur Freude. Die Verbindung an der Moselstaustufe

ist dagegen nach wie vor gesperrt.

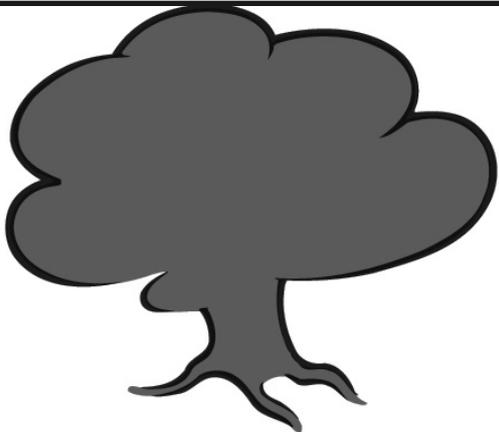
Acht Brücken über Rhein und Mosel gibt es in Koblenz, je eine davon exklusiv für den Autoverkehr (Südbrücke) bzw. Eisenbahnverkehr (Lützeler Eisenbahnbrücke). Zusammen mit der Staustufe Koblenz gäbe es **sieben für Fußgänger geeignete Verbindungen**, um die Flüsse zu überqueren, welche die Stadt prägen – wenn denn alle zur Verfügung stünden ...

(1) Nachdem der Fußgängersteg an der **Horchheimer Eisenbahnbrücke** nach über zweijähriger Sperrung wegen Bauschäden seit 2007 wieder zur Verfügung stand, war diese wichtige Verbindung Anfang diesen Jahres abermals ersatzlos dichtgemacht worden. Die nebenan gelegene Südbrücke (B 327) mit ihren gigantischen, ineinander verschlungenen Auffahrtsrampen ist für Fußgänger und Radfahrer von Anbeginn als no-go-area konzipiert worden, so dass sie keine Ausweichmöglichkeit bietet.

Wer also aus der Vorstadt oder vom Oberwerth nach Pfaffendorf, Horchheim oder Lahnstein wollte, musste nun wieder einen **Mehraufwand von rund 45 Minuten** in Kauf nehmen, Fahrradfahrer immerhin noch ca. 20 Minuten. (Umweg je nach Start und Ziel ca. dreieinhalb Kilometer, vom Oberwerther Brückenkopf zum Horchheimer Brückenkopf gerechnet, sind es gar mehr als fünf Kilometer). Eine solche Entfernung ist für Durchschnittsfußgänger unmöglich und auch für den Alltags-Radverkehr inakzeptabel. Durch die Sperrungen wurden komplette Verbindungen aus der Wahrnehmung gestrichen – sie sind unmotiviert schlichtweg nicht mehr machbar. Was würde wohl passieren, wenn beide Koblenzer Rheinbrücken für den Autoverkehr gesperrt würden und auf die Bendorfer Brücke verwiesen würde? – ein durchaus vergleichbarer Fall – Mehraufwand an Fahrzeit für rund 25 km Strecke: ebenfalls ca. 20 Minuten.

Es war nicht einmal für notwendig erachtet worden, am Aufgang zur Brücke einen **Hinweis** anzubringen, warum und wie lange die Sperrung dauern soll und wie die (theoretische) Umleitung aussieht.

Nun, da die Brücke seit dem Großereignis „Tal-Total“ mit einem Provisorium wieder zur Verfügung steht, bleibt zu hoffen, dass die Wegebeziehung noch nicht völlig in Vergessenheit geraten

<p>- Jetzt bei uns -</p>	 <p>LEINOS Naturfarben</p>	<p>Malerbetrieb u. Fachhandel</p> <h1>Emons</h1> <p>für natürliches Bauen und Wohnen</p> <p>Weiser Str. 4 . 56170 Bendorf Tel.: 02622 (35 07)</p> <p>Öffnungszeiten: Mo. - Fr. von 16 - 19 Uhr Sa. von 11 - 14 Uhr</p>
--------------------------	--	--

ist und die Menschen, für die dieser Weg zuvor eine alltägliche Verbindung war, sich nicht inzwischen an andere Wege/ Verkehrsmittel gewöhnt haben.

An die Stadtverwaltung und die Politik – namentlich auch den neu gewählten Oberbürgermeister – sei die eindringliche Bitte gerichtet, in Zukunft wichtige Wegeverbindungen genauer im Auge zu behalten, frühzeitiger zu reagieren und Radfahren und zu Fuß gehen nicht nur unter dem Aspekt des Freizeitverkehr zu betrachten.

(2) Auch der Fußweg über die **Mosel-Staustufe** wurde vor geraumer Zeit gesperrt – und ist es immer noch. Auch hier vor Ort **kein Hinweis über Ursache und Dauer der Sperrung**. Der erforderliche Umweg über die (für Fußgänger unwirtschaftliche) Europabrücke ist hier mit einem Umweg von 1,3 km zumindest machbar, wenn auch gänzlich unattraktiv. Wenn der Wille besteht, die Wegeverbindung aufrecht zu erhalten, sollte eine Lösung gefunden werden können, unabhängig von der Frage des Eigentums!

Die Zusammenhänge zwischen dem Aktionsradius der einzelnen Fortbewegungsarten und der Anforderungen an die Dichte des jeweiligen Wegenetzes sind der Politik in Koblenz entweder nicht geläufig oder egal. **Der motorisierte Verkehr genießt – im Stadtbild deutlich sichtbar – eine Vorzugsbehandlung; der Fußgängerverkehr wird dann berücksichtigt, wenn noch Platz übrig bleibt.** Statt die Potenziale des Fußgänger- und Radverkehrs auszuschöpfen, wird das Gegenteil erreicht.

Der Öffentliche Raum kommt „unter die Räder“. Kinder- (und Senioren-) freundschaftlichkeit, Aufenthaltsqualität, Gestaltqualität – mit einem Wort: Lebensqualität – wird einseitig der (automobilen) Erreichbarkeit untergeordnet.

Für die Entwicklung der Stadt wird anscheinend nur der motorisierte/überörtliche Verkehr für bedeutsam erachtet. Anders ist es nicht zu erklären, dass angesichts der notwendigen Brückensperrungen nicht frühzeitig für Ersatz gesorgt wurde. **Für Straßenverbindungen, so darf vermutet werden, wäre ein immenser logistischer Aufwand betrieben worden, um den Bau bei laufendem Betrieb zu ermöglichen.** Es gäbe einen erheblichen Planungsvorlauf für die Verkehrsführung während der Bauzeit und eine ausführliche Information der Öffentlichkeit, die Bauarbeiten wären auf die Ferienzeiten gelegt, durch Nachtbaustellen würde einen schnellstmöglicher Abschluss der Arbeiten ermöglicht.

Wie wäre es, wenn ab kommender Woche die Fahrbahnen der Pfaffendorfer Brücke wegen Bauschäden gesperrt würden, ohne benennen zu können, wann die Bau-

arbeiten beginnen und wann der Verkehr wieder freigegeben werden kann?

Was wird damit dem Menschen bedeutet: Zu-Fuß-gehen ist nichts wert, **die adäquate Methode der Fortbewegung ist nur diejenige des Autofahrens; nur Wege über weite Entfernungen sind wichtig.** Menschen werden dazu veranlasst, selbst für eigentlich kurze Strecken und kleine Erledigungen das Auto zu benutzen. Schließlich gewöhnen sie sich daran und finden es ganz normal. **Die Abhängigkeit vom Auto steigt.** Statt Maßnahmen zu ergreifen, den Autoverkehr zu begrenzen, schafft es Koblenz mit immer neuen Maßnahmen, die **Grundlagen für noch mehr motorisierten Verkehr** zu erzeugen.

Die Entwicklung der Stadt hängt nicht nur an einem möglichst ungehinderten Autoverkehr; das Maß des Wohlbefindens des Fußgängers ist ein Indikator für die Lebensqualität in einer Stadt. In dieser Hinsicht setzt Koblenz seine Zukunftsfähigkeit aufs Spiel. In anderen Städten hat man dies längst begriffen.

Oliver Prells

zur Illustration:



Südbrücke: nur Autoverkehr



Horschheimer Brücke: Eisenbahn und Fußgänger – der Fußweg wurde am 27. Juni 2009 nach langer Sperrung wieder geöffnet.



Die Eröffnungsfeier mit Ansprache des OB auf der Horschheimer Seite war jedoch für die Nutzer der Brücke – Fußgänger und Radfahrer – aus Richtung Oberwerth nicht erreichbar, da die verbindende Brücke erst danach freigegeben wurde! Interessierte hätten ja auch mit dem Auto dorthin fahren können ...



Pfaffendorfer Brücke: Autoverkehr und Fußgänger



Balduinbrücke: Autoverkehr und Fußgänger



Lützeler Eisenbahnbrücke: Eisenbahn



Europabrücke: Autoverkehr und Fußgänger



Staustufe Koblenz: Fußgänger – auf unbestimmte Zeit gesperrt



Kurt-Schumacher-Brücke: Autoverkehr und Fußgänger



Gülser Brücke: Eisenbahn und Fußgänger

Solareismobil auf den Passivhaustagen

Etwas besonderes hatte sich der Verein ÖKOSTADT Koblenz für die Teilnahme an den „Koblenzer Passivhaustagen plus Regenerative Energien“ einfallen lassen, die Anfang Juli 2009 im Baugebiet Koblenz Asterstein II stattfanden. Passend zu den erwarteten heißen Temperaturen hatten sie mit Unterstützung des Bau- und EnergieNetzwerkes Mittelrhein (BEN) und des Koblenzer Umweltamtes ein „Solareismobil“ besorgt. Es besteht aus einer kleinen Gefriertruhe, die auf ein Lastenfahrrad montiert ist. Unter der Verkleidung befindet sich eine Batterie und der Laderegler dafür. Als Dach dient ein Solarmodul, das natürlich auch den Strom für die Batterie

liefert. Bei Sonnenschein versorgt sich dieser Aufbau ausreichend selbst mit Strom. Die vollgeladene Batterie kann die Truhe noch etwa 12 Stunden ohne Sonne weiterlaufen lassen; also z.B. nachts. In Zusammenarbeit mit „Karins Bioladen“ (Kurfürstenstraße) konnten so verschiedene Bio-Eissorten angeboten werden. Diesmal musste das Solar-Eismobil noch beim BUND in Heidelberg ausgeliehen und dort abgeholt werden. Die Jugendwerkstatt der Görlitz-Stiftung hat aber bereits signalisiert, im nächsten Jahr vielleicht selbst über den Bau einer solchen sinnvollen Anlage nachzudenken.

Dieter Schulz, ÖKOSTADT Koblenz



Weiter so - liebe Stadtverwaltung!

Wann kommen die lange versprochenen Bäume für den weiteren Verlauf der Hohenzollernstrasse?



Der frisch begrünte Blick vom Schenkendorfplatz in die Hohenzollernstrasse Richtung Stadion Oberwerth.



Der tristlos graue Blick vom Schenkendorfplatz in die Hohenzollernstrasse Richtung Rathaus.

Werner Huffer-Kilian, Runder Tisch der Vorstadt

Wochenmarkt in Ehrenbreitstein



Von Links nach rechts:
Joachim Doetsch, Anja Bogoff, Karin Höhne, Gundula Krebs, Jörg Wilms und Tanja Beuler von der Sparkasse.

Die Werbegemeinschaft WIR in Ehrenbreitstein, die Lokale Agenda 21 Gruppe Konsum und das Agenda-Büro veranstalteten

Anfang April den Frühlingsmarkt in Ehrenbreitstein. Der große Erfolg und Umfragen bei Marktbesuchern sowie Marktbes chickern waren Anlass über einen regelmäßigen Wochenmarkt im Dahl nachzudenken.

Am 20. Mai 2009 startete der Wochenmarkt im Wendehammer der Hofstraße und findet seither regelmäßig an jedem Mittwoch in der Zeit von 16 – 19 Uhr statt. Mittlerweile ist er zu einer ansehnlichen Größe von acht wöchentlich teilnehmenden Anbietern mit Brot und Brötchen, Fleisch und Wurst, Obst und Gemüse, Käse, griechischen Spezialitäten, Fisch und frischem Geflügel angewachsen.

Ergänzend kommen in größeren Abständen Anbieter von Gewürzen, Wein und pflanzengefärbter Wolle sowie ein Imker hinzu.

Das breite Angebot wird bislang gut angenommen und dies nicht nur von den Bewohnern im Dahl, sondern auch denen der benachbarten Stadtteile. Gelegentlich gibt es besondere Aktionen im Rahmen des Markts wie die Kinderaktion Anfang Juli oder ein Erntedank - Marktvesper Ende September.

Die Veranstalter freuen sich sehr über den guten Verlauf und hoffen mit dem Markt eine dauerhafte Einkaufsmöglichkeit zu schaffen.

Pressemitteilung Stadt Koblenz

Ökologische Baustoffe –

Nachhaltiges, gesundes und wertbeständiges Bauen und Renovieren



Lehm und Holz – traditionell und modern zugleich. Beide Baustoffe werden schon seit Menschengedenken zum Bauen verwendet und erfahren gerade heute eine Renaissance, da sie für das natürliche Wohnen stehen. Immer mehr Bauherren besinnen sich darauf, in ihrem Haus gesunde Baustoffe zu verwenden und bevorzugen ein ausgeglichenes und angenehmes Raumklima.

Ob im Neubau oder bei der Althausanierung – wichtiger Beitrag für Wohlbefinden und Energieersparnis ist eine gute Wärmedämmung. Die Palette der ökologischen Dämmstoffe reicht von Zelluloseflocken, Hanfmatten und Weichholzfaserverplatten bis zu Schilfrohrplatten, die die Vorschriften der neuen Energieeinsparverordnungen problemlos erfüllen und vor allem bei der Verarbeitung unbedenklicher sind als herkömmliche Dämmstoffe. Wichtig bei der Auswahl des Dämmstoffes und der entsprechenden Stärke des Aufbaus ist, gemäß der Energieeinsparverordnung den erforderlichen U-Wert zu berechnen. Deshalb sollte man vor Beginn der Arbeiten auf jeden Fall einen Fachmann befragen.



Auf dem Markt der Holz- und Ökohäuser und im Bereich der Sanierung setzen sich Wandheizungen seit einigen Jahren immer mehr durch. Eine Wandheizung statt konventioneller Heizkörper bietet mehrere Vorteile: Vielleicht kennen Sie das Gefühl einen sonnengewärmten Rückens mitten im Schnee, so angenehm fühlt sich die Wärme an, die von den durch die Wandheizungsrohre temperierten Wänden ausgeht. Es lässt sich bis zu 18 Prozent Energie einsparen, denn mit einer Wandheizung kann die Raumtemperatur bei gleichem Wärmeempfinden um bis zu drei Grad Celsius abgesenkt werden. Durch die verminderte Staubaufwirbelung ist diese Heizung besonders geeignet für Allergiker, da die Raumluft wesentlich weniger umgewälzt wird als bei Heizkörpern, die die Luft erhitzen. Somit wird auch das Problem der aufsteigenden Wärme vermieden, so dass eine gleichmäßige Wärme im ganzen Raum herrscht. In Kombination mit einem Lehmputz wird ein besonders angenehmes, ausgeglichenes Raumklima geschaffen.



Heutzutage steigt die Zahl der allergiekranken Menschen und von Neurodermitis betroffenen Kinder immer mehr an. Mit gesunden Baustoffen ist es möglich, schon einen Großteil an Schadstoffquellen auszuschalten. Viele Farben und Putze verfügen über eine Volldeklaration der Inhaltsstoffe. Einige allergiegeplagte Menschen probieren einzelne Baustoffe regelrecht aus, indem sie Materialproben für einige Tage mit in ihrem Schlafzimmer behalten. So lässt sich meistens im Voraus erkennen, ob eine allergische Reaktion erfolgt oder nicht.

Lehmputze und Naturfarben sind

nicht nur unbedenklich für die Gesundheit – sie bringen mit ihren warmen Erdtönen ein mediterranes Ambiente in Haus und Wohnung – ganz gleich ob bei Renovierung, Sanierung oder im Neubau. Dadurch, dass Lehmputze nur trocknen und nicht chemisch abbinden, lassen sie sich auch vom begabten Selbsterbauer leicht und problemlos verarbeiten. Farbige Lehmfeinputze eignen sich auch zur Renovierung, da sie auf fast jeden gängigen Untergrund aufgetragen werden können.

Ideale Ergänzung ist ein Holzboden, ob Dielle oder Parkett, hell oder dunkel, rustikal mit Ästen, die Auswahl ist groß. Kaum ein Bodenbelag ist so angenehm und warm am Fuß. In letzter Zeit hat sich das Ölen von Holzböden gegenüber dem Lackieren immer mehr durchgesetzt. Auf dem Markt gibt es speziell auf starke Beanspruchung abgestimmte Produkte, die den Boden sehr strapazierfähig machen. Eine Lackschicht trägt sich häufig an viel begangenen Stellen schneller ab und sieht dann unschön aus. Ein geölter Boden dagegen lässt sich auch zwischendurch mit einem leicht getränkten Lappen „auffrischen“, ohne dass man den Boden erneut abschleifen muss. Außerdem bleibt die Oberfläche diffusionsoffen, so dass eventuell eingedrungene Feuchtigkeit auch wieder entweichen kann.

Der ökologische Baustoffhandel Meurer NATÜRLICHES BAUEN in Koblenz-Neuendorf am Rhein ist seit über 12 Jahren spezialisiert auf wohn gesunde und wertbeständige Materialien für Bauen und Renovieren. Einen hohen Stellenwert hat die kompetente und umfassende Beratung. Weitere Informationen unter www.lehmbau.com.

Ingrun Rodewald

Meurer NATÜRLICHES BAUEN

Eimerweise Rettung!
1 m² streichen = 1 m² Regenwald retten
Mit dem Kauf von Kneidzeit-Sumpfkalkfarbe unterstützen Sie den Erhalt des Regenwaldes.
Nähere Infos bei uns im Laden oder auf unserer Webseite.

Wir stellen aus!
RheinlandBau, 15.-18.10.2009
Messstände am Wellenheimer Kreis, Koblenz
(Halle 5 - Stand Nr. 513)

Ihr Naturbaustoffhändler
Meurer NATÜRLICHES BAUEN GmbH
Am Ufer 17 | 56076 Koblenz - Neuendorf
Tel: 0261 / 3 10 89

web: www.lehmbau.com
shop: www.naturbaustoff.de

Öffnungszeiten:
Mo-Sa 11-13 und 14-18 Uhr
Mi und Sa Nachmittag geschlossen

Von Koblenz nach Nusaybin

Koblenzer Seelsorger besuchen die abgeschobene Familie Yildirim in der Türkei



Von links nach rechts: Großmutter oder Mutter von Ali Yildirim, Ömer, Nafiye, Derja mit Emine im Arm, Mikael, Werner Huffer-Kilian und Pfarrer Thomas Corsten)

„Der Mensch, der alles verloren hat, die Heimat, das Vermögen, den sozialen Rang, er verstummt. Die einen zerbrechen, andere entdecken in sich verborgene Fähigkeiten ihrer Vorfahren, die Nomaden waren. In der Fremde werden sie lernen, ihr wahres

Domizil zu finden: Der Mensch wohnt in sich selbst, sonst nirgends!“

Fred Wander, Das gute Leben oder Von der Fröhlichkeit im Schrecken, dtv 2009, S. 18

Flüchtlinge sind nirgends willkommen, und Abgeschobene in ihrer angeblichen Heimat ebenfalls nicht. Das ist das Ergebnis von Begegnungen mit Menschen, die oft mehr als 10 Jahre in Deutschland gelebt

hatten und die in Länder abgeschoben wurden, die die deutschen Behörden als deren Heimat ansehen. So kann man auch unsere Erfahrung mit der Familie Yildirim zusammenfassen.

Zur Erinnerung: Am 31. 10. 2006 wurden Nafiye und Ali Yildirim mit ihren in Deutschland geborenen Kindern Emine, Ceyrail und Serhat von einem starken Polizeiaufgebot und unter lautstarkem Protest der Bevölkerung aus der Neuendorfer Kirche gewaltsam herausgeholt, in bereitstehende VW-Busse gebracht und in Frankfurt/Main ins Flugzeug nach Istanbul gesetzt. Alle Bemühungen für das Bleiberecht der Familie in Deutschland und vor allem um Anerkennung der durch die Vereinten Nationen verbrieften Kinderrechte der hier geborenen Kinder fanden beim rheinland-pfälzischen Innenminister keine Anerkennung.

Für Pfarrer Thomas Corsten aus Koblenz-Neuendorf und Pastoralreferent Werner Huffer-Kilian aus Mülheim-Kärlich war der Besuch bei Familie Yildirim Hauptziel der Reise und Motiv für die Teilnahme an einer Menschenrechtsdelegation von IPPNW, Ärzte gegen den Atomkrieg. Zwei Tage wollten wir mit der Familie verbringen und auch das Newroz-Fest mitfeiern – und das 2 ½ Jahre nach ihrer Abschiebung aus dem Kirchenasyl in Koblenz. In Koblenz hatte sich ein Unterstützernetzwerk für die Familie gebildet, und dieser hält die Treue auch nach der Abschiebung.

Die Integration der Familie in das Dorf Tepeüstü und in die Stadt Nusaybin hat sich unserem Eindruck nach wesentlich verbessert im Vergleich zum Vorjahr. Wir konnten erleben, wie Nachbarkinder und MitschülerInnen im Hause Yildirim ein und aus gingen, mit den Kindern spielten und neugierig auf die Deutschen waren. Wir erlebten, wie Nafiye mit einer Nachbarin Brot im Ofen backen konnte,

wie Ali andere Männer traf und mit ihnen redete. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, die wir so nicht erwartet hatten.

Seit dem Verhör vom 5. März 2008 ist das Verfahren gegen Ali Yildirim nicht weitergegangen, so dass diese rechtlich ungesicherte Situation wie ein Damoklesschwert über ihm schwebt. Zusätzlich lastet auf ihm die Tatsache, dass er weder einen Pass noch einen Nüfus (Ausweis) besitzt, sondern nur seinen Führerschein vorzeigen kann. Daher ist Ali Yildirim in seiner Mobilität eingeschränkt, denn ohne klare Ausweis-papiere traut er sich nicht, die Grenzen seiner Provinz zu überschreiten. Ohnehin ist jede Polizei- und Militärkontrolle für ihn ein angstbesetztes Ereignis, und diese sind im Land nicht selten.

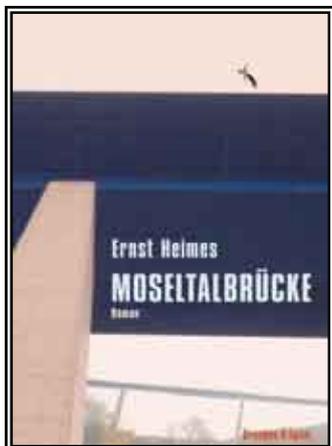
Nafiye und Ali legen großen Wert auf die Ausbildung ihrer sechs Kinder, alle gehen zur Schule, Emine, 8, die jüngste macht gute Fortschritte in der Schule, aber leider hat sie ihr Deutsch fast völlig vergessen. Nur ab und zu blitzt es auf. Ceyrail, 10, der in Deutschland in logopädischer Behandlung war, konnte diese nicht weiterführen, und hat entsprechend Probleme. Serhat, 12, ist derjenige, den die Abschiebung am härtesten und bewusst getroffen hat. Er macht auf uns den Eindruck einer „gebrochenen Kinderseele“, ein Junge, der mit seiner Traurigkeit im neuen Umfeld zu leben gelernt, aber seine gewohnte Umgebung, Freunde und Spiele verloren hat. Er erinnert sich am meisten und kann am besten Deutsch.



Eine Spendenaktion des Unterstützernetzwerkes diente zur Anschaffung eines Dolmetschers, eines 15-sitzigen Großtaxi, mit dem Ali nun Geld für den Lebensunterhalt der Familie verdient. Dies war das Ergebnis langwieriger Überlegungen, weil die Familie unmöglich in das Dorf Marina, dem Geburtsort von Ali, zurückkehren und die betriebene Landwirtschaft wieder aufnehmen kann. Das mächtige System der bewaffneten Dorfschützer, das der türkische Staat zur Kontrolle der Kurdengebiete aufgebaut hat, wirkt hier auch als mächtige Interessenvertretung derer, die nun die Felder in Besitz genommen haben. Da es keine Industrie gibt, die Felder in der Umgebung mit großen Maschinen bewirtschaftet werden, ein Umzug in die Touristenhochburgen der Westtürkei zu

Moseltalbrücke

Roman von Ernst Heimes



Der Koblenzer Schriftsteller Ernst Heimes legt hier einen von der ersten bis zu letzten Seite fesselnden Roman voller überraschender Wendungen und dramatischer Geschehnisse vor: Unbedingt lesen!

220 Seiten, Preis 19,90 €



Entenpfuhl 33-35 Koblenz-Altstadt
Telefon 0261/33493
www.buchhandlung-heimes.de

teuer ist, blieb nur die Idee des Dolmetschers übrig.

Nur durch die Verbundenheit und Solidarität aus Deutschland ist die Familie vor dem Absturz ins Elend bewahrt worden. Sie lebt weiterhin arm und bescheiden, aber in gewisser Sicherheit. Die Anschaffungen sind gut überlegt: die Kuh Kani und die beiden Kälbchen Berfin und Eva bringen Frischmilch und Käse, Satellitenschüssel und Fernseher die deut-

sche Sprache, Waschmaschine und Kühlschrank Erleichterungen in den Alltag der Familie. Wir können nur hoffen, dass die Behörden die Familie in Ruhe ihr Leben leben lassen, Sorgen und Probleme sind genug vorhanden.

Zweimal haben Nafiye und Ali alles verloren, ihre Heimat, ihr Vermögen, ihre Zukunft – einmal bei ihrer abenteuerlichen Flucht 1996 aus der Türkei nach Deutschland und zum zweiten Mal bei

ihrer gewaltsamen Abschiebung 2006 aus Koblenz. Vieles ist in ihnen zerbrochen, aber sie haben auch neue Fähigkeiten in sich entdeckt. Als Asylbewerber sind sie immer Fremde in Deutschland geblieben, als Abgeschobene sind sie nun Fremde in der Türkei. Wir können nur hoffen, dass sie ihr wahres Domizil in sich selbst entdeckt haben und dies auch ihren Kindern schenken können.

Werner Huffer-Kilian

Was die Rheinzeitung nicht veröffentlichte

Unveröffentlichter Leserbrief von Egbert Bialk vom 28.4.09

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bitte um Veröffentlichung des nachstehenden (privaten!) Leserbriefes. Ich hoffe, Sie haben trotz der Länge und trotz der anders gelagerten Interessen der Spitze Ihres Hauses den Mut und die Fairness zur ungekürzten Wiedergabe.

Mit dem Tenor „quasi schon beschlossen“ (Die beiden großen Stadtratsfraktionen CDU/SPD sind dafür) wurde berichtet, dass Koblenz sein Stadion Oberwerth endlich verschrotten soll und dafür hinter der Autobahn eine tolle Event-Arena à la Hoffenheim erhält.

Nicht dass ich falsch verstanden werde: Ich bin selbst TUS-Mitglied und glühender Fan und gönne der Mannschaft die dringend nötige Stadioneuerung.

Doch sind mir hier allzu viele Fragen ungeklärt oder vielleicht noch gar nicht öffentlich gestellt:

Finanzen: Wie hoch sind am Ende die realistischen Kosten samt Nebenkosten, wie viel trägt der Privatinvestor und wie viel der Steuerzahler? Man denke nur an die Infrastruktur. Schliddert Koblenz hier nicht in ein weiteres Millionen-Defizit wie bei Buga und Zentralplatz?

Größe: 19 000 Zuschauer, ist das angesichts des vor knapp 1 Jahr zuletzt ausverkauften Oberwerth (max. 15 000) nicht ein wenig prahlerisch? Und was ist, wenn die TUS mal - Yeldell verhüte! - in die 3. Liga absteigen sollte?

Leben der Innenstadt/Vorstadt: Wieviel Kaufkraft und wieviel Nähe und Lebendigkeit gehen durch so ein weiteres Grüne-Wiese-Projekt verloren?

Verkehr: Zugegeben, die Situation am Oberwerth ist nicht einfach, für die PKW!, nicht für Fußgänger, Rad- und Busfahrer,



Leere Ränge

Was macht Koblenz mit seiner 19.000-Plätze-Arena, wenn die TUS -Yeldell verhüte!- in die 3. Oder 4. Liga absteigen sollte? Wehen Wiesbaden lässt grüßen.

was die Mehrheit ist. Wer aber denkt an die Ortslagen Metternich, Rübenach, Güls? Neueste Staumeldung dann im Radio: „Auf der A 61, vor der Abfahrt KO-Metternich in Höhe der RZ-Arena 3 km Rückstau in beiden Richtungen“?

Alternativen: Warum nicht zuerst eine faire Vergleichsstudie, dann in mehreren Bauabschnitten (wie in St. Pauli) die Haupttribüne abreißen und neu bauen, dann die anderen, notfalls zu Lasten der Laufbahn?

Durchsetzung: Ist das wirklich im Stadtrat nur noch eine Formsache? Was sagen die kleinen Fraktionen?

Und schließlich: Wer gründet endlich eine Bürgerinitiative „Pro Oberwerth“?



Hoch hinaus

Große Pläne hat die Investorengruppe unter Führung der Rhein-Zeitung: Für das stadtnahe Mehrzweckstadion kommt an der Autobahn eine große „Event-Arena“ Marke Hoffenheim. Ist das nicht zwei Schuhnummern zu groß?



Trübe Aussichten

für das seit 1936 mit der Stadt Koblenz verwurzelte Stadion Oberwerth. Hätte die Anlage wirklich keine Chance der zweitligatauglichen Sanierung verdient?

Auskommen mit dem Einkommen – Wohnen oder Essen?

Betroffene, Kirchen, soziale Initiativen und Wohlfahrtsverbände fordern während einer Diskussionsrunde mit Politikern aller Fraktionen aus dem Stadtrat und Vertretern des Sozialausschusses der Stadt Koblenz die Erhöhung der angemessenen Sätze für Mieten und Nebenkosten.



Der „Runde Tisch Goldgrube“ und das „Netzwerk Soziale Arbeit Neuendorf“ waren erfreut über die große Teilnahmen der Bevölkerung. Knapp 100 Personen fanden sich im Gemeindezentrum St. Franziskus/Goldgrube ein, um mit Politikern und Vertretern von Koblenzer WohnBau über ihre menschenunwürdige Lage zu diskutieren. Bedauerlich war, dass trotz mehrmaliger Einladung keine Vertreter der ARGE und der Stadtverwaltung Koblenz an der Veranstaltung teilnahmen. Ob Hartz IV-Empfänger, Geringverdienende, allein Erzie-

hende oder Rentner, alle wehrten sich dagegen, zu einem Leben unter dem Existenzminimum verurteilt zu werden und forderten schnellst mögliche Veränderungen. An unterschiedlichen Beispielen wurde von VertreterInnen der Wohlfahrtsverbände aufgezeigt, dass durch die hohen Miet- und Nebenkosten das gesetzlich festgelegte Existenzminimum in vielen Fällen 10% – 40 % gekürzt wird. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Ernährung, Kleidung, Gesundheit und die mögliche Teilnahme am öffentlichen Leben für die Betroffenen.

Für einige, der an der Diskussion beteiligten Politiker, waren die dargestellten Lebenssituationen unbekannt und das Ausmaß dieses Skandals nicht bewusst. Am Ende der Veranstaltung versprachen sie, dieses dringliche Anliegen in den Sozialausschuss der Stadt zu bringen und sich für eine Verbesserung der momentan festgelegten Richtwerte für so genannte angemessene Mieten und Nebenkosten einzusetzen.

Der „Runde Tisch Goldgrube“ hat in einem Schreiben die bei der Veranstaltung anwesenden Politiker an ihr Versprechen erinnert und das Anliegen an alle im Sozialausschuss vertretenen Personen weitergegeben. Hoffen wir, dass sich in dieser Sache etwas bewegt und die betroffenen Menschen wenigstens das ihnen zugesprochene Existenzminimum zur Verfügung haben.

Bernd Kuhl

ERAS

Erdbau ■ Rückbau ■ Abbruch ■ Sanierung

ERAS GmbH

**Kesselheimer Weg 18
56070 Koblenz
Fon 02 61/98 36 733
Fax 02 61/98 36 735
info@eras-koblenz.de**

Die BuGa kommt – Die Bäume gehen

- Die Vorgeschichte zur Bundesgartenschau in Schwerin ist nicht bekannt -



„Die Bundesgartenschau ist in erster Linie ein Wirtschaftsereignis.“ Mit diesen Worten eröffnete Arndt Müller, BUND-Naturschutzexperte aus Schwerin, seinen Vortrag über die aktuelle Bundesgartenschau in Schwerin 2009 am 10. September in Koblenz. „Man muss die Vorgeschichte kennen“, führt er weiter aus, „und einen Blick hinter die Kulissen werfen.“ Zur Dokumentation dieser Vorgeschichte hat der BUND-Mecklenburg-Vorpommern eine Broschüre unter dem viel sagenden Titel „Verbranntes Geld - Zerstörte Natur“ vorgelegt.

Ziel einer BuGa sollte es sein, ökologisch und nachhaltig zur Stadtentwicklung beizutragen, denn Naturschutz spart Geld, weil mit der Natur geplant wird und die Natur nicht dem Gestaltungswillen der Planer_innen unterworfen wird. Stattdessen sah sich der BUND gezwungen, gegen viele Maßnahmen der BuGa GmbH Schwerin zu protestieren und sogar mit Klagen vor Gericht zu ziehen. „Die Förderung mit öffentlichen Geldern darf die geschützte Natur nicht beeinträchtigen“; so sein Votum, und leider ist dies in Schwerin geschehen, vor allem mit dem Prestigeobjekt „Garten des 21. Jahrhunderts“ im Uferbereich des Burgsees.

Natürliche Strukturen, Bäume und Feuchtgebiete in der Uferzone des Burgsees – Lebensraum von zahlreichen Wasservögeln, Fledermäusen, Fröschen und seltenen Insekten - sollten komplett verschwinden und konnten durch die Klage des BUND leider nur teilweise gerettet werden. Der Schweriner See und angrenzende Gebiete sind in das europäische Schutzgebietssystem „Natura 2000“ eingebunden, um gegen den Artenschwund und den Verlust natürlicher Lebensräume Schutzgebiete auszuweisen. Auf Initiative der Stadt wurden durch das Umweltministerium zahlreiche Uferzonen des Sees aus dem Entwurf für das Vogelschutzgebiet „Schweriner See“ herausgenommen. Die Folge: Wertvolle naturnahe Ufer verschwanden unter Betontreppen.

Und immer wieder fielen Bäume in Schwerin. Mehr als 1000 Baumfällungen, vom Jungwuchs bis zu 100-jährigen Baumriesen, sind die traurige Bilanz einer verfehlten Planung, die in erster Linie auf die Herstellung so genannter Sichtachsen z.B. auf das Schweriner Schloss zielte. „Die Planer fühlten sich einer künstlichen Gerad-

linigkeit überkommener und angeblich moderner Gartenbilder verpflichtet. Der Schutz des Vorhandenen, der Erhalt wertvoller Lebensräume von Fledermäusen, Fröschen, Insekten, stand nie im Fokus der Schweriner Gartenexperten in Politik und Verwaltung“, so Arndt Müller.

Die BuGa Schwerin kostet mehr als 70 Mio. Euro, davon muss die verschuldete Stadt 30 Mio. tragen. Wenn eine Stadt so viele öffentliche Gelder investiert, dann ist man dem Erfolg verpflichtet, ja der Erfolg muss geradezu garantiert sein. Die „Medienpartnerschaft“ der BuGa mit dem NDR trägt dazu bei. Lobeshymnen sind an der Tagesordnung, der kritische Blick hinter die Kulissen bleibt verwehrt.

Und so betont der Referent: Wer Schwerin 2009 besucht, kann sich begeistern, darf es sein. Abschließend spricht er allen eine herzliche Einladung aus, nach Schwerin zu kommen, und wünscht dem Naturschutz in Koblenz viel Erfolg mit dem bezeichnenden Satz: „**Es lebe die Stadtwildnis!**“

Werner Huffer-Kilian, BUND-Koblenz

Verbranntes Geld – Zerstörte Natur, Ein Blick hinter die Kulissen der Bundesgartenschau 2009 in Schwerin, BUND-Mecklenburg-Vorpommern, Juli 2009. Download unter: www.bund-mv.de

Ihr Café zum Wohlfühlen

Genießen Sie frische Speisen, auch vollwertig und vegetarisch.

Am Sonntag verwöhnen wir Sie mit einem ganz besonderen Frühstücksbuffet. (Platzreservierung erbeten)



**Markenbildchenweg 38 (Nähe HBF)
56068 Koblenz
Tel: 0261 / 12270**

Mit Sonnenterrasse!

Öffnungszeiten:

Dienstag - Samstag 14⁰⁰ – 24⁰⁰ Uhr

Sonntag 10⁰⁰ – 19⁰⁰ Uhr

Montag Ruhetag

So Frühstücksbuffet 10⁰⁰ – 12³⁰ Uhr

Fachbeirat für Naturschutz bei der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Koblenz

Zur Situation des Grüns in der Koblenzer Innenstadt



Vorbemerkung

Ausweislich des vorliegenden Klimagutachtens (Stadtklimauntersuchung Koblenz, Zwischenbericht vom 18. Juli 1995) ist die Innenstadt von Koblenz durch ein der topographischen Lage geschuldetes Kesselklima gekennzeichnet. Außerdem sind große Bereiche der Innenstadt im Sinne des Klimagutachtens überwärmt. Beides Zustände, die insbesondere die Gesundheit sensibler Menschen (Alte, Kranke, kleine Kinder, etc.) gefährden. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Koblenz steigt unaufhörlich. Es muss auch damit gerechnet werden, dass die Sommertendenziell wärmer werden, die Zahl der Tage mit Inversionswetterlagen zunehmen.

Im Leitbild der Stadt Koblenz (Magnet am Deutschen Eck: Die Stadt zum Bleiben, 1999, einstimmig vom Rat der Stadt im September 1998 beschlossen) ist formuliert (Seite 13): „Wir werden [...] die Durchgrünung unserer Stadt fördern, klimawirksame Freiflächen möglichst von Bebauung freihalten und im Innenstadtbereich Ruhe- und Rückzugsmöglichkeiten für Mensch und Tier schaffen. Für die Erhaltung einer intakten Tier- und Pflanzenwelt werden wir dabei die einzelnen Biotop miteinander vernetzen.“

Der Beirat für Naturschutz hat immer die Meinung vertreten, dass sich eine Stadt wie Koblenz entwickeln muss. Dies bedingt auch einen Struktur-bedingten langfristigen Umbau des Baumbestandes – aber immer mit dem Ziel vor Augen, der geschilderten Erfordernisse wegen, das Grünvolumen in der Stadt eher zu vergrößern als zu verringern. Grünvolumen ist für die Menschen in der Stadt so besonders wichtig, weil nur Blattgrün in der Lage ist, bei der Assimilation das klimaschädliche Kohlendioxid (CO₂) in Sauerstoff zu verwandeln. Außerdem filtert Großgrün Feinstaub aus der Luft und senkt wegen der Verdunstung an den Blättern die Lufttemperatur. Koblenz hat schon im März diesen Jahres, laut RZ vom 5.03.09, 15 Mal den Feinstaubgrenzwert überschritten und gehört so zu den mit Feinstaub besonders belasteten Großstädten. Dennoch sehen Rat und Verwaltung keinen akuten Handlungsbedarf.

Unsere Sorge

Der Fachbeirat für Naturschutz bei der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Koblenz hat den gesetzlichen Auftrag, die sich aus dieser Situation und diesen Absichten ergebenden Aufgaben

mit Zustimmung und Kritik zu begleiten. Derzeit erkennen wir an mehreren Stellen der Stadt Entwicklungen, die zu unserer ernststen Sorge Anlass geben.

Den in Koblenz entscheidenden Personen in Rat und Verwaltung ist offenbar – im Gegensatz zum Fachbeirat für Naturschutz – die existentielle Bedeutung des Großgrüns in der Stadt für Leben und Gesundheit der in dieser Stadt wohnenden Menschen nicht oder zumindest nicht ausreichend bewusst. Sie sind offenkundig der Meinung, das in der Innenstadt von Koblenz noch vorhandene Großgrün sei eine Verfügungsmasse für die Ansiedlung von Unternehmen und Betrieben.

Ebenso ist die Hartnäckigkeit, mit der das Klimagutachten der Stadt ignoriert wird, nicht zu verstehen. Denn anders lässt sich die Baum- und Freiflächenpolitik nicht erklären. Ein besonders dramatisches Beispiel hierfür ist der Moselweißer Hang.

Es werden immer neue Begehrlichkeiten von Bauträgern bekannt, anerkannte Kalt- und Frischluft-Entstehungsgebiete im Randbereich der Innenstadt zu bebauen (Beispiele: Lehmkaul links, Moselweißer Hang, ...).

Der Rat der Stadt hat mehrfach (zuletzt im Jahre 2006) den Erlass einer beantragten Baumsatzung für das Gebiet der Stadt Koblenz abgelehnt. (Anmerkung.: Die Baumschutzsatzung wurde 2009 erneut im Stadtrat abgelehnt!) Es sind noch keine Ansätze zu erkennen, diesen Fehler im Zuge der Vorbereitung auf eine Bundesgartenschau auszugleichen. Der Fachbeirat für Naturschutz hat angeboten, den Entwurf einer solchen Satzung zu erarbeiten, falls das in der Verwaltung nicht geschehen kann.

Sind im ordentlichen Verfahren in Bebauungsplänen zum Beispiel Bäume zur Erhaltung festgesetzt worden, werden vielfach solche Festsetzungen in einem vertraulichen Verfahren durch „Befreiungen“, die in der Öffentlichkeit nicht begründet werden, außer Kraft gesetzt. [...]

Bei der Verwaltung gibt es nicht genügend Personal (Bauordnungsamt aufgelöst, nur eine Stelle im Tiefbauamt), geschlossene Städtebauliche Verträge auf Einhaltung der Pflanzgebote zu überwachen [...].

Gegen die nachteiligen Auswirkungen von Kesselklima und Überwärmung hilft nach einhelliger Meinung der Fachleute vor allem eine möglichst umfassende Durchgrünung. Dabei spielt das Großgrün in Form von Bäumen an Plätzen, Straßen und in Parks eine entscheidende Rolle. In einer von Kesselklima und Überwärmung gekennzeichneten Innenstadt muss das vorhandene Großgrün also soweit als irgend möglich erhalten und neues Großgrün bei jeder denkbaren Gelegenheit geschaffen werden mit dem Ziel, das Grünvolumen in der Innenstadt zu vergrößern.

Nach Auskunft sowohl des Eigenbetriebes 67 als auch des Tiefbauamtes ist es außerordentlich schwierig, außerhalb von Platzflächen in den Straßen der Stadt Platz für Bäume zu finden. Meist verhindern das Leitungstrassen. Oft scheitert dies auch an Einsprüchen der Anwohner, denen Parkplätze wichtiger sind als Sauerstoff zum Atmen. (Beispiel: Hohenzollernstraße). Wenn das so ist – und der Fachbeirat hat daran nur wenig Zweifel –, dann ist es um so wichtiger, allen Begehrlichkeiten, für Bauprojekte Grünvolumen zu opfern, zu widerstehen.

Der Fachbeirat für Naturschutz stellt jedoch fest, dass zumindest in den letzten zehn Jahren in Koblenz schleichend selbst unter den Vorzeichen einer in Vorbereitung befindlichen Bundesgartenschau Grünvolumen verloren geht. Dafür sprechen diese Beispiele:

- Es zeichnet sich jetzt ab, dass die Bundesgartenschau 2011 den Anspruch, den der Fachbeirat an sie gestellt hat, das Grünvolumen in der Innenstadt zu vergrößern, auf keinen Fall aber zu verringern, nicht erfüllen wird. Im besten Falle wird man bei dem im Bebauungsplan 154 vorgeschriebenen Monitoring im Jahre 2012 feststellen, dass die Bilanz im Rahmen des für die Bundesgartenschau beschlossenen Bebauungsplanes 154 (Schlossbereich) ausgeglichen ist. Wahrscheinlicher ist jedoch (unter Einbezug des Bebauungsplanes 120 – Seilbahn) eher ein Verlust. Die Planer der Bundesgartenschau 2011 sind keine Bürger der Stadt, sie setzen ihre Planungen im eigenen Inter-

esse durch, tragen keine daraus erwachsenden langfristigen Konsequenzen. Diese Konsequenzen tragen die Koblenzerinnen und Koblenzer, denn sie müssen mit den Auswirkungen in Zukunft leben.

- Für die Sanierung der Kaimauer am Konrad-Adenauer-Ufer zwischen Pegelhaus und Rheinbrücke sind bisher sechs große Platanen gefällt worden. Ein Ausgleich für diesen Verlust an Großgrün ist in der Innenstadt nicht erkennbar, er wurde im Industriegebiet erbracht und wird auch dort nur langfristig wirken.
- Ein allenfalls sehr langfristig wieder ausgleichender Verlust an Grünvolumen entsteht mit dem Bau der Seilbahn. Der dafür beschlossene Bebauungsplan 120 sieht für den Verlust des Grünvolumens von weiteren sechs Großbäumen keinen in der Innenstadt kurzfristig wirksamen Ausgleich vor.
- Die immer wieder angeführten Neupflanzungen im Bundesgartenschau-Bereich Ehrenbreitstein können das Klima im Innenstadtbereich nicht entlasten.
- Dort hat die Bundesgartenschau versehentlich (wir schreiben das ohne Anführungszeichen!) 16 gesunde Bäume fällen lassen. Bis die fälligen und zugesagten Kompensationen klimawirksam sind vergehen Jahre bis Jahrzehnte.
- Derzeit verlieren die Linden im östlichen Teil der Schlossstraße rund die Hälfte ihres Standraumes. Sie waren ohnehin durch unsachgemäße Behandlung beim Ausbau der Schlossstraße gebeutelt. Die uns vorliegende Begründung ist mangelnde Akzeptanz der Anlieger – bestimmen jetzt Anlieger über Art und Volumen von für alle Bürger wichtigem Grünvolumen? – und ständige Beschädigungen an den Betoneinfassungen der Pflanzbeete. Nach unserer Meinung sind beides keine Argumente, die zu einer Gefährdung von Großgrün in Koblenz führen dürfen.
- Nach den uns bisher vorliegenden Informationen sehen die Planungen für den Zentralplatz einen weiteren erheblichen

mit ternes umweltaktiv bauen.

[AUSGEZEICHNET MIT DEM SOLARPREIS 2008]



> Ganz schön effizient, oder noch treffender: energieeffizient. Denn wir vom Architekturbüro Ternes realisieren für unsere Kunden wirtschaftlich orientierte Bauprojekte, die den Ansprüchen der Zukunft gerecht werden. Maximale Energieeffizienz bei übersichtlichem Baukostenbudget haben wir auch am eigenen Bürogebäude in Koblenz-Moselweiß gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut umgesetzt. Und dafür wurden wir mit der „Plakette des Deutschen Solarpreises 2008“ ausgezeichnet.

Know-how, mit dem auch Sie als künftiger Bauherr Betriebskosten niedrig halten können, ökologisch sinnvoll handeln und ein wirtschaftliches Gebäude mit Zukunft besitzen. Profitieren Sie von unserer Erfahrung – bauen oder sanieren Sie zukunftsgerecht – und das budgetfest mit architektonischem Mehrwert. Infos gerne bei einem persönlichen Gespräch.

**HERZLICHST,
IHR ARCHITEKT JJ TERNES & TEAM**

Schulgasse 2_56073 Koblenz _Fon: 02 61 / 988 388-0 _Fax: 02 61 / 988 388-88
WWW.ARCHITEKTTERNES.DE | INFO@ARCHITEKTTERNES.DE



Verlust an Grünvolumen vor. Der gesetzlich zu fordernde Ausgleich (60 Bäume) wird im Bereich des Bebauungsplanes 3 (Zentralplatz) wahrscheinlich nicht annähernd erbracht. Geplant sind lediglich 23 Neupflanzungen. Auch deswegen, weil städtische Institutionen (z.B. Eigenbetrieb Koblenz-Touristik) fordern, die geringe verbleibende Platzfläche von Bäumen freizuhalten, um hier Groß-Veranstaltungen durchführen zu können. Nach dem Görresplatz und dem Jesuitenplatz wäre dies dann der nächste große innerstädtische Platz ohne Großgrün. Die Planer und Investoren des Zentralplatzes sind keine Bürger der Stadt, sie setzen ihre Planungen durch, tragen keine daraus erwachsenden langfristigen Konsequenzen. Wohl aber die Koblenzer Bürgerinnen und Bürger.

- Nach den uns bisher vorliegenden Informationen werden bei den auf dem Zentralplatz zu errichtenden Großbauten keinerlei Chancen genutzt, das Grünvolumen in der Innenstadt zu vergrößern. Unsere in der Bürgerbeteiligung vorgebrachte Anregung, die Fassaden eben nicht grün anzustreichen (wie allen Ernstes von den Planern beabsichtigt), sondern tatsächlich zu begrünen mit pflegeleichten Systemen, die inzwischen am Markt verfügbar sind, wird offenbar nicht aufgegriffen. Es hätte sich auch angeboten, das Dach des Einzelhandelsgebäudes zu begrünen. Dies hätte Vorteile für das Stadtklima. So wird voraussichtlich eine weitere (siehe Löhrcenter) vergleichsweise riesige Betonfläche entstehen, die für eine weitere Überwärmung der Innenstadt sorgen wird. Auch hier vertut die Stadt Koblenz die einmalige Chance durch innovative Planungen im Bereich der Energietechnik, des Klimaschutzes und des Umweltschutzes Zukunftswissendes zu schaffen. [...]

In der Stadt geht man grundsätzlich mit nur sehr schwierig ersetzbarem Großgrün in der Innenstadt unsensibel, jedenfalls aber nicht mit dem unbedingten Willen zu seiner Erhaltung um. Beispiele:

- Die Bundesgartenschau ließ um das Naturdenkmal Mammutbaum in den Rheinanlagen mit einem Abstand von nur fünf Meter um den Stamm einen Graben ziehen, um nach Wurzeln zu



Ob Platane, Eiche oder auch Nussbaum (siehe nebenstehenden Bericht) - in Koblenz werden viele Bäume oft ohne Not und entsprechenden Ausgleich diversen Baumaßnahmen geopfert.



suchen. Es musste Anzeige erstattet werden.

- Drei weitere Mammutbäume am Peter-Altmeier-Ufer (Geschenke von Bürgern an ihre Stadt) sind ohne Prüfung der Verpflanzbarkeit von der Bundesgartenschau gefällt worden.

In der eigentlichen Innenstadt ist das Defizit an Großgrün Struktur-bedingt und auch auf Dauer nicht zu beseitigen. Umso

wichtiger ist es, das wenige vorhandene Grünvolumen sorgfältig vor Zerstörung zu schützen. Immer wieder werden uns Begehrlichkeiten von Vorhabenträgern bekannt, auch dieses Grünvolumen (selbst bei zum Erhalt rechtskräftig festgesetzten Bäumen) zu vernichten. Beispiel: [...]

- die Platane am Zentral-Omnibusbahnhof ist inzwischen gefällt worden, die benachbarten Großbäume kräftig gestutzt,

Im Rahmen von Bebauungsplänen und Städtebaulichen Verträgen festgesetzte Pflanzungen von Großbäumen sind bisher und seit Jahren nicht erfolgt. Offenbar wird die Erfüllung solcher Auflagen nicht oder zumindest nicht systematisch kontrolliert. Dies könnte auch politisch gewollt oder geduldet sein. Beispiel:

- V+E-Plan Stiftungsklinikum mit sieben Bäumen in der Kurfürstenstraße.

Kommt es zu einer Innenstadt-Verdichtung – die wir grundsätzlich begrüßen –, werden die Chancen, alten Baumbestand zu erhalten und zur Wertverbesserung des Standortes zu nutzen, regelmäßig nicht genutzt Beispiel:

- Mittelweiden, Von-Kuhl-Straße. Mit Bemühungen um den und dem Willen zum Erhalt der Bäume hätte sich bestimmt eine Planung realisieren lassen, der diesen alten Baumbestand werterhöhend einbezieht.

Zusammengenommen stellen die geschilderten und vom Fachbeirat über Jahre beobachteten Entwicklungen in der Innenstadt von Koblenz einen bedrohlichen Verlust von Grünvolumen dar. Spüren werden das vor allem und zuerst die Schwächeren der Gesellschaft, die Alten, die kleinen Kinder und die Kranken. Es ist keine Tendenz zu einem Umschwung dieser Entwicklung etwa durch die Mitarbeit politischer Gremien an der Planung der Bundesgartenschau zu erkennen. Unsere Befürchtungen würden gedämpft, wenn der Rat der Stadt Koblenz im Zuge der Vorbereitungen der Bundesgartenschau endlich eine wirksame Baumschutz-Satzung erlassen würde.

Für uns erkennbar fehlt an der Stadtspitze und fehlt in den planenden Ämtern der Stadt der aus Erkenntnis gewachsene politische Wille, das wenige der Koblenzer Innenstadt verbliebene Grün notfalls auch mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.

Nachbemerkung

Der Fachbeirat für Naturschutz bei der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Koblenz hat einen gesetzlichen Auftrag. Zu seinen Aufgaben kraft Landesnaturschutzgesetz gehört es, das allgemeine Verständnis für die Belange der nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft zu fördern.

Carmen Parrado, Walter Helfert

Wollparadies

MODE
MIT
WOLLE



- die Top-Adresse für Strickfans -

Koblenz, St.-Josef-Straße 17

Telefon 02 61 / 3 32 43

Dummheit und Phantasielosigkeit siegen – das Stadtklima verliert



Recht versteckt in einem Innenhof in der Innenstadt von Koblenz stand einmal ein prächtiger, etwa 10m hoher Nussbaum. Man konnte den Baum sehen, wenn man die Rizzastraße entlangging und neben einer Reinigung in eine Hofeinfahrt blickte. Er stand auf dem Gelände einer Behörde und hatte große, starke Äste. Einige davon ragten bis über eine benachbarte Garage, andere bis über einige Parkplätze, von denen manche bis heute von den Gästen des Hotels Brenner genutzt werden. Dieser Nussbaum trug in manchen Jahren viele Nüsse, was zu Beschwerden der Autobesitzer führte, auf deren Karossen sie zum Teil fielen.

Im Jahr 2005 traf der BUND für Umwelt- und Naturschutz Koblenz mit dem damals zuständigen Vertreter der Behörde auf Anregung des Umweltamtes der Stadt Koblenz eine Art Vereinbarung. Es wurde dem BUND auf eigene Gefahr gestattet, die Nüsse zu ernten, um so Problemen mit den Autobesitzern vorzubeugen. 2005 und in den Folgejahren wurde der Großteil der Nüsse im Herbst vom Baum geschüttelt. Das ging nur, wenn gerade keine Autos unter dem Baum parkten. Um diese Situation anzutreffen, musste zuweilen an verschiedenen Tagen (in einem Jahr bis zu 10 mal) nachgesehen werden, ob frei war.

2006 wurde es dem BUND wiederum auf eigene Gefahr und Verantwortung gestattet, die Nüsse zu schütteln. Was dann geschah, lässt sich aus dem nebenstehenden Brieftext eines Briefes des BUND vom 14.03.2009 an den Eigentümer der betreffenden Fläche ersehen, ebenso wie aus den Photos zu diesem Bericht. Im März 2009 war noch nicht klar, dass die Fällung des Nussbaumes mit einer Vergrößerung des Parkplatzes einhergehen würde. Insofern bestand die Hoffnung auf eine Nachpflanzung damals noch. Das Schreiben wurde per Einschreiben versandt, eine Antwort ist bis heute nicht erfolgt.

So stehen denn nun auf einem trostlosen Innenhofparkplatz Autos in der prallen Sonne und heizen die Innenstadt von



Koblenz zusätzlich auf. Schade, dass es so gekommen ist.

Stefan Schliebner, BUND Koblenz

Brieftext des BUND

„Sehr geehrter Herr Emschermann, die BUND-Kreisgruppe Koblenz hat am 08. März 2009 mit Bedauern Kenntnis von der Fällung des Nußbaums auf dem Gelände der LMV-Dienststelle Emil-Schüller-Straße 12 in Koblenz erlangt.

Dem BUND ist bewusst, daß der Standort diesen Nußbaumes konfliktträchtig war, da seine Zweige über benachbartes Gelände ragten. Speziell betroffen waren zwei KFZ-Stellplätze des Hotels Brenner durch im Herbst herabfallende Nüsse.

Um das Konfliktpotential zu minimieren, gab es bereits 2005 eine Kontaktaufnahme des BUND und die Nüsse wurden in diesem und in Folgejahren bis einschließlich Herbst 2008 vom Baum geschüttelt, als sich keine Fahrzeuge in der Nähe befanden.

Im Herbst 2008 konnte der BUND einen -zwar unsachgemäßen- Baumschnitt an besagtem Nussbaum feststellen, sich mit dieser Maßnahme seinerzeit jedoch abfinden, da der Baum wenigstens erhalten blieb.

Nun aber ist die Innenstadt leider um einen prächtigen Baum ärmer, verbunden mit einer Reihe von negativen Folgen (stärkere Erwärmung im Sommer, weniger Sauerstoffbildung, weniger Staubbindung usw.).

Seine Fällung hat ohne Zweifel etliche hundert Euro gekostet, entweder direkt oder in Arbeitsleistung betrachtet. Der BUND hat in Zusammenhang mit der Fällung eine Frage und einen Vorschlag an den LBB:

1. Wurde zumindest der Versuch unternommen, eine andere Lösung als die Fällung in Betracht zu ziehen? Für das viele Geld, das das Fällen gekostet hat, hätte man zum Schutz der Fahrzeuge vor herabfallenden Nüssen leicht ein an Pfosten befestigtes Netz spannen können. Die Kontaktdaten von Herrn Schliebner/BUND waren bekannt. Eine Absprache wäre mit ein wenig gutem Willen möglich gewesen.

2. Der BUND schlägt an gleichem Ort die Ersatzpflanzung eines geeigneten einheimischen Baumes ohne Früchte vor und ist bereit, nach eigenen Möglichkeiten dabei mitzuwirken. Da Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung als Eigentümer bzw. Verwalter von Grundfläche der öffentlichen Hand besondere Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger hat, hoffen wir, dass eine Ersatzpflanzung möglichst bald erfolgen kann und in Zukunft solche Radikallösungen gemeinsam vermieden werden können.

*Mit freundlichen Grüßen
Stefan Schliebner
BUND, Kreisgruppe Koblenz“*

IMMER IN GUTEN HÄNDEN

...bei Ihrem kompetenten Entsorgungspartner SITA!

Wir sammeln und entsorgen

- Papier, Holz, Folie, Metalle
- Gewerbeabfall
- Baustellenabfall & Bauschutt
- Grünabfall und -schnitt
- Sonderabfall
- und viele weitere Abfallarten

Rufen Sie uns an!



SITA WEST GMBH
BISCHOFSBURGER STRASSE 3, 56566 NEUWIED
TEL 02631 8994-27 - FAX 02631 8994-36
SITA.WEST@SITA-DEUTSCHLAND.DE

Unterwegs zur Biotopzerstörung

- Der Bebauungsplan 260 Südliches Güls im städtischen Entscheidungsprozeß -

Bauland ist und bleibt ein Wert. Wer Land besitzt, möchte gerne zur Wertsteigerung und eventuellen eigenen Nutzung, dass es Bauland wird. Ein Acker, eine Wiese oder eine Brachfläche hat wenig Wert – Geldwert, wohlgermerkt! Nachhaltigkeit – das so oft rhetorisch bemühte aktuelle Schlagwort – versucht, Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit zu vereinen. Allzu oft verklingt das Wort und hinterlässt einen schalen Beigeschmack. So geschehen in den vergangenen Debatten um den B-Plan 260 Südliches Güls.

Es handelt sich um die Gemarkung Güls, Flur 5 mit der Gewannbezeichnung „Am Bisholderweg, Am großen Heiligenhäuschen, Ober dem großen Heiligenhäuschen, Im Gesetz und Ober dem Spielwiesenweg (siehe nebenstehende Grafik). Auf einer Fläche von fast 22ha soll für fast 700 Menschen Wohnraum entstehen, das bedeutet, dass fast 120 Häuser gebaut werden. Und was für Häuser! „Im Hinblick auf die Schaffung exklusiver Wohnbauflächen wird angeregt, auf Ebene der Bebauungsplanung in Teilen des Plangebietes größere Grundstücksgrößen vorzusehen und so ausreichend Bauparzellen für exklusive Einzelhäuser vorzuhalten,“ regt die Industrie- und Handelskammer Koblenz mit Schreiben vom 9.1.2009 an.

Aus naturschutzrechtlicher Sicht ist klar festzuhalten, dass das

Gebiet schon lange vor dem Aufstellungsbeschluss von 1998 gemäß der textlichen Fassung der Landesverordnung vom 17. Mai 1979 sowie nach der Karte der Landespflegerischen Schutzgebiete und Schutzobjekte innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Moselgebiet von Schweich bis Koblenz“ liegt. „Schutzzweck ist u.a. die Erhaltung der landschaftlichen Eigenart, der Schönheit und des Erholungswertes des Moseltales mit den das Landschaftsbild prägenden, noch weitgehend naturnahen Hängen sowie die Verhinderung von Beeinträchtigungen des Landschaftshaushaltes, insbesondere durch Bodenerosion in den Hanglagen“, stellt das Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung noch im Mai 2009 fest.

In der Planung vernetzter Biotopsysteme des Ministeriums für Umwelt RLP von 1992 wird das Gebiet mit seinen großflächigen Streuobstbeständen als zu erhaltender Biotopkomplex formuliert, wo sogar gefährdete Tierarten vorkommen. Im Rahmen der Stadtbiotopkartierung werden die Streuobstbestände im Plangebiet ebenfalls als „schützenswerte Biotope“ bezeichnet. Ebensolches ist im Landschaftsplan der Stadt Koblenz (1996 und 2006) zu lesen.

Daher ist auch festgestellt worden, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung Pflicht ist: „Die Umweltverträglichkeit der geplan-



pro regionale energie eG
Am Hohlweg 1b
56368 Katzenelnbogen

Tel 06486 900 424
Fax 06486 900 419
Email info@pro-regionale-energie.de
Internet www.pro-regionale-energie.de

- ⇒ Nachhaltigkeit und Wertschöpfung für die Region
Ausbau erneuerbarer Energien in der Region
- ⇒ Zukunftsfähige Energieversorgung
Gut verzinst Beteiligung für Genossenschaftsmitglieder
- ⇒ Bessere Wirtschaftlichkeit und Risikostreuung
Umwelt und Klimaschutz mit Angabe der CO2-Reduzierung
- ⇒ Zusätzliche Einnahmequellen für Objektvermieter
Attraktive und ökologisch sinnvolle Kapitalanlage

Das Zentrum für erneuerbare Energien und
ökologisches Bauen im Rhein-Lahn Kreis



Am Hohlweg 1b
56368 Katzenelnbogen
Tel.: 06486/900 421

info@zukunftswerkstatt-einrich.de
www.zukunftswerkstatt-einrich.de

zukunfts**w**erkstatt
einrich e.V.

Solarstrom vom eigenen Dach

Sonnige Zeiten für attraktive Erträge

Wir stehen für Erfahrung und Qualität:



- Beratung
- Planung
- Verkauf
- Montage

Wir sind Partner der
S.A.G.
Solarstrom

pro Helios
GmbH & Co. KG

Regenerative Energiesysteme

56368 Katzenelnbogen Am Hohlweg 1b
Fon 06486-9004-00 info@prohelios.de

Nutzen Sie die Erfahrung eines der führenden PV-Anbieter der Region!



Luftbild: Internet, Bearbeitung: Dagmar Körner

ten Vorhaben wird anhand einer ökologischen Risikoanalyse abgeschätzt. Das gesamte Untersuchungsgebiet wurde als hochempfindlich eingestuft,“ so das oben erwähnte Amt.

Massive Beeinträchtigungen sind durch die Bebauung zu erwarten und sind auch aufgelistet. Der Lebensraum von Tieren, insbesondere des Grünspechtes, wird verengt, so dass das Vorkommen reduziert wird. Die Verlärmung und auch visuelle Beunruhigung zerstört die Biotopstrukturen und den Streuobstwiesekomplex mit den dort vorkommenden Tierarten (z.B. Gartenrotschwanz). Durch die massive Flächenversiegelung gehen alle Bodenfunktionen verloren, Teilflächen werden z.B. durch Verdichtung beeinträchtigt, die lokalklimatischen Austauschfunktionen verlagern sich und die Kaltluft erreicht den Ortskern von Güls nicht mehr.

Die für Güls so charakteristische Ortsrandstruktur geht verloren, weil die Streuobstbestände als Naherholungsraum mit hohem Erlebniswert ersatzlos wegfallen. Landschaftsbild und Erholungspotential leiden erheblich.

62 Vogelarten wurden im Untersuchungsraum festgestellt. Davon sind ins-

gesamt 18 Vogelarten in den Roten Listen des Bundes und des Landes geführt. Davon gilt eine Vogelart, der Wanderfalke, als vom Aussterben bedroht und 6 Arten gelten als gefährdete Vogelarten. Einige sind als streng geschützt, viele als besonders geschützte Arten eingestuft. Die vorkommenden Fledermausarten sind in der Roten Liste unseres Landes als streng geschützte Tierarten geführt. Reptilien und Insektenvielfalt ist gegeben.

Wenn es zur Bebauung kommt, folgert man: „Es liegt unter Berücksichtigung der Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen zumindest eine Teilzerstörung des Biotops vor.“ Die Informationen liegen auf dem Tisch, die Biotopzerstörung durch einen solchen Bebauungsplan ist allen Entscheidungsträgern klar. Trotzdem werden die Pläne weiter verfolgt. Wer vertritt hier welche Interessen?

Eines bleibt klar: Nachhaltig ist hier nichts. Die Interessen der nachfolgenden Generationen und der Allgemeinheit an intakter Natur werden nicht vertreten.

Werner Huffer-Kilian

Ökologische Wende bei der CDU-Stadtratsfraktion auf dem Prüfstand

Auszug aus: CDU Kreisverband Koblenz-Stadt Kommunalpolitische Leitsätze für die Jahre 2009 - 2014

Koblenz – die umwelt- und verkehrsfreundliche Stadt

Aus unserem christlichen Selbstverständnis heraus ist die Bewahrung der Schöpfung für uns in der CDU eine Verpflichtung. Koblenz ist eine grüne Stadt, der Anteil an Grünflächen und Wäldern ist sehr groß. Schutz und Pflege der Natur und Umwelt haben für uns einen hohen Rang. Wo wir kommunale Entscheidungen treffen können, stellen wir die nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt und wägen mit Augenmaß und ideologiefrei ökologische Bedingungen und ökonomische Interessen gegeneinander ab. **Ökologie und Ökonomie bedürfen gleichwertiger Beachtung, wenn Wohlstand und sozialer Friede auf Dauer gesichert bleiben sollen.** Jedes Handeln muss, sei es im Wirtschaftsleben, im Verkehr oder in der Freizeitgestaltung unsere Lebensgrundlagen bewahren.

Deshalb will die CDU Koblenz noch klimafreundlicher machen. Dazu gehört die Verstärkung der Förderung regenerativer Energien – nicht nur die Solarenergie – und eine noch stärkere Nutzung der Energieeinsparungsmöglichkeiten durch energetische Sanierung und Steigerung der Energieeffizienz. Hierzu gehört auch die Anreizsetzung für private Haushalte durch Zuschüsse.

Wir streben die Erreichung des auf europäischer Ebene für Deutschland aufgestellte Ziel eines 18%igen Anteils regenerativer Energien für die Stadt Koblenz an.

(Hervorhebungen durch den Autor)

Angesichts des Abstimmungsverhaltens der CDU-Stadtratsfraktion zum B-Plan 260 Südliches Güls stellen sich Fragen:

Wie wurden Ökonomie und Ökologie abgewogen und einer gleichwertigen Beachtung unterworfen?

Wie soll sozialer Friede auf Dauer gesichert werden, wenn Begehrlichkeiten (siehe IHK), die auf soziale Unterschiede abzielen, schon geweckt sind?

Wie werden im Süden von Güls unsere Lebensgrundlagen bewahrt?

Wie wurde im Süden von Güls die Bewahrung der Schöpfung umgesetzt angesichts gutachterlich festgestellter Biotopzerstörung?

Wer übernimmt die Beantwortung?

Bitte übernehmen Sie! Der KucK mal! steht bereit. Danke!

Ihr Werner Huffer-Kilian

Positionspapier zu den am 21.03.2009 vom Stadtplanungsamt der Stadt Koblenz vorgestellten Planungen für die Schmidtenhöhe



Am 21.03.2009 wurde im Rahmen einer von der CDU organisierten Informationsveranstaltung vom Stadtplanungsamt der Stadt Koblenz das geplante Nutzungskonzept zur Schmidtenhöhe vorgestellt. Geplant ist ein Konzept mit sog. "Trittsteinen" entlang einer "Perlenkette" durch das Gebiet.

Generell zu allen beabsichtigten Planungen vertritt der BUND für Umwelt- und Naturschutz folgende Auffassung:

- Die für die im folgenden aufgezählten Trittsteine vorgesehenen Bereiche sind planungsrechtlich Außenbereich und eine Privilegierung nach §35 BauGB ist nicht zu erkennen
- Die Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Aufstellung entsprechender Bebauungspläne läuft den Zielen der Landesplanung / des LEP IV (seit 25.11.2008 für 10 Jahre in Kraft) zuwider, die die Schmidtenhöhe u.a. als Vorbehaltsgebiet Arten- und Biotopschutz sowie als regionalen Grünzug ausweisen.
- Bei der Schmidtenhöhe handelt es sich um ein von der Europäischen Union rechtsverbindlich festgestelltes Natura2000-, Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet). Es ist ein in seiner Art einzigartiges Gebiet von überregionaler, sogar landesweiter Bedeutung für den Naturschutz. Durch die bisherige, überwiegend militärische Nutzung (Standortübungsplatz) traten sporadische, übungsbedingte Störungen auf. Daneben gab bzw. gibt es weitere Nutzungen, z.B. Rohstoffabbau (Tongrube), forstliche Nutzung, Schafbeweidung. Abgesehen davon war das Gebiet kaum Publikumsverkehr ausgesetzt. Der BUND bedauert, dass dieser Zustand durch den Rückzug der Bundeswehr aus großen Teilen der Schmidtenhöhe nicht aufrecht erhalten werden kann. Stattdessen zeichnen sich durch vielfältige Begehrlichkeiten negative Entwicklungen für das Gebiet ab.

Trittsteine gemäß des Nutzungskonzeptes des Stadtplanungsamtes der Stadt Koblenz sind:

a) Jugendzeltplatz

Laut Aussage der Vertreter des Stadtplanungsamtes soll dieser Platz für 300-500 Personen ausgelegt sein. Der BUND für Umwelt- und Naturschutz lehnt die Errichtung eines solchen Zeltplatzes auf dem Gebiet der Schmidtenhöhe aus mehreren Gründen ab:

- Das für die Errichtung vorgesehene Areal liegt mitten in dem von der Europäischen Union anerkannten Natura2000- und Vogelschutzgebiet. Ausgerechnet dorthin 300 - 500 Menschen zu bringen läuft nach Auffassung des BUND den Schutzziele völlig zuwider und ist in keinsten Weise mit diesen vereinbar. Unweigerlich werden Gruppen von Jugendlichen zu Tages- und Nachtzeiten Streifzüge in die Umgebung unternehmen. Die geschützten Arten werden aus ihrem Lebensraum vertrieben, weitere negative Folgen sind wahrscheinlich (z.B. Sammlung von Brennholz für Lagerfeuer u.ä.). Den negativen Folgen eines erhöhten Aufkommens von Menschen ist selbst mit geschultem Aufsichtspersonal nicht in allen Fällen vorzubeugen.
- In wenigen Kilometern Entfernung existieren bereits Jugendzeltplätze (Rhens, Boppard, Brexbachtal bei Bendorf-Sayn). Aus Sicht des BUND besteht daher -vor allem in einem ökologisch sensiblen Bereich- keine Notwendigkeit zur Errichtung eines weiteren Jugendzeltplatzes.

b) Ausflugsgaststätte

Laut Nutzungskonzept des Stadtplanungsamtes ist beabsichtigt, eine Ausflugsgaststätte im Bereich der Schmidtenhöhe zu errichten. Dies an einem Ort, wo vor mehreren Jahrzehnten einmal ein Ausflugslokal bestand, von dem heute lediglich bauliche Frag-

mente (Reste von Fundamenten) verblieben sind. Der BUND für Umwelt- und Naturschutz lehnt die Bebauung der Schmidtenhöhe mit einem Ausflugslokal ab:

- Der Bereich, an dem das Ausflugslokal errichtet werden soll, liegt mitten in dem von der Europäischen Union anerkannten Natura2000- und Vogelschutzgebiet. Mit einer solchen Gaststätte sind unweigerlich Fahrzeugverkehr, Personenaufkommen und damit erheblicher Lärmpegel sowie ausstrahlende Störungen verbunden. Es besteht keine Notwendigkeit, ausgerechnet im Bereich der Schmidtenhöhe eine Ausflugsstätte zu errichten und zu betreiben.

c) Eventplatz

Welche geplanten Nutzungen mit dem neudeutschen Begriff „Eventplatz“ einhergehen werden, war der Präsentation des Stadtplanungsamtes nicht exakt zu entnehmen, die Abbildung eines Kraftfahrzeugs mit überdimensionierter Bereifung (neudeutsch „Monstertruck“) legt jedoch den Schluss nahe, dass solche Nutzungen mit den Schutzzielen von Natura2000, Vogelschutz und auch FFH unvereinbar sind.

d) Tierheim

Als Ersatz für das bisherige Tierheim-Gelände in Koblenz-Moselweiß soll ein Tierheim-Neubau im Areal der Schmidtenhöhe errichtet werden. Dem BUND für Umwelt- und Naturschutz ist es unverständlich, warum ein solches Bauvorhaben ausgerechnet in einem ökologisch sensiblen Gebiet durchgeführt werden soll. Scheue Wildtiere wie z.B. die Wildkatze, die mehrfach nahe dem geplanten Standort gesichtet worden ist, werden durch das mit einem Tierheim einhergehende Hundegebell sowie weiteren Störungen unweigerlich und aller Voraussicht nach unumkehrbar vertrieben. Am Beispiel des Andernacher Tierheims lässt sich belegen, dass die Sanierung bestehender Bausubstanz möglich ist, womit die Beanspruchung der Schmidtenhöhe keine unbedingte Notwendigkeit darstellt. Im übrigen hat die Satzung des Koblenzer Tierschutzverein e.V. in §2 auch den Schutz von wildlebenden Tieren zum Ziel. Durch den Neubau auf der Schmidtenhöhe wird diesem Ziel nach Auffassung des BUND für Umwelt- und Naturschutz widersprochen. (Zitat aus der o.g. Satzung: „...§ 2 Vereinszweck Der Zweck des Vereins ist - die Pflege und Förderung des Tier- und Naturschutzgedankens, hier aufklärend zu wirken und zu belehren sowie in der Bevölkerung das Verständnis für das Wesen, das Leben und die Bedeutung der Natur und Tierwelt zu erwecken und zu gewinnen; [...] . Die Tätigkeit des Vereins erstreckt sich auf den Schutz aller Tiere, insbesondere von Haustieren und in Freiheit lebenden Tieren, soweit rechtlich zulässig.“)

e) Beweidungskonzept

Der BUND begrüßt die Absicht, auf der Schmidtenhöhe Bereiche für die dauerhafte Beweidung mit Huftieren vorzusehen. Durch diese Form der Beweidung können dort dauerhaft und kostengünstig die Schutzziele wie von der EU gefordert erfüllt werden,

was mit der Weiterführung der bisherigen Beweidungsform (Schafe) allein nicht möglich ist. Im Zusammenhang mit dem Beweidungskonzept kam es in der Öffentlichkeit zu zahlreicher, teilweise sehr unsachlicher Kritik. Alle Argumente der Gegner des Konzeptes konnten aus Sicht des BUND plausibel widerlegt werden, zudem wurde die Fläche im Zuge von Kompromissen gegenüber dem ursprünglichen Ansatz um mehr als die Hälfte reduziert und wird zukünftig von einer Querung geteilt, um den Belangen des Schäfers sowie Arzheimer Bürger Rechnung zu tragen.

f) Betrieb einer Naturschutzstation

Aus Sicht des BUND hängt es stark davon ab, wie eine solche Station im Gebiet der Schmidtenhöhe betrieben wird, ob davon günstige oder eher ungünstige Wirkung ausgeht. Großveranstaltungen sollten unbedingt vermieden werden.

Stefan Schliebner, BUND Kreisgruppe Koblenz

01. Nov. Schäl Sick Brass Band
02.-03. Nov. Mundstuhl „Sonderschüler“
04. Nov. Tim Fischer
05. Nov. Moritz Netenjakob
06. Nov. Interstellar Overdrive
07.-08. Nov. Garden of Delight
08. Nov. Klaus Hoffmann „Spirit 2“



11. November - 23. Dezember
Weihnachtsvarieté
Robert Woitas (Moderation)
Ricardo Sosa (Equilibristik)
Andrea Beck (Vertikalseil/Trapez)
Hammou (Seifenblasenkunst)
Wang Shan (Antipoden)
Lorenze Mastropietro (Hutjonglage)
Begleitet von Ralf Schäfer am Piano
Regie: K.-H. Helmschrot



Tickets & Infos **cafehahn.de**



Wackeler
 »Zum Rebstock«

Lecker Essen, mit Freunden kegeln oder nach dem Besuch im Café Hahn noch auf einen Absacker vorbeikommen. Von Mallorca-Schnitzel bis zum kleinen Snack kochen wir für euch bis um 1 Uhr nachts.

2 Kegelbahnen, Gästezimmer
 Täglich ab 18 Uhr

Koblenz-Güls, Poppenstraße 7
 Fon & Fax 02 61/4 26 33



Das etwas andere Wahlplakat



Vor den Kommunalwahlen haben Familie Bialk und Familie Bernhard in Koblenz in einer Abendaktion ein Plakat entworfen und mit Unterstützung des BUND drucken lassen.

Dieses lautet: „Wir retten lieber die Erde“ und sollte auffordern, nur Kandidaten zu wählen, die sich für die Energiewende einsetzen.

Damals war der Zusammenhang zu „Banken retten“ oder „Autofirmen retten“ nicht ganz klar gewesen, dennoch fand das Plakat einige Beachtung.

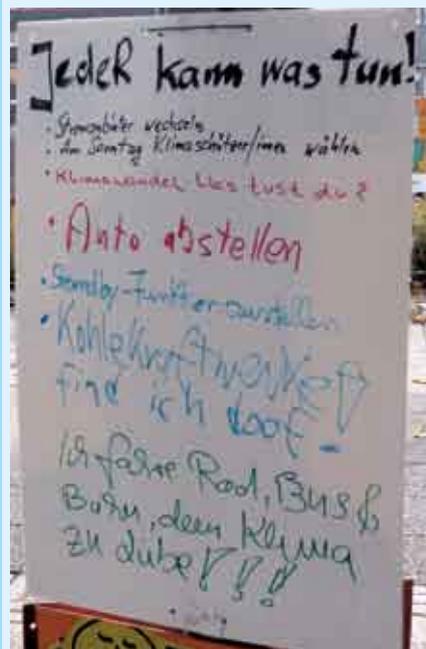
Für den Einsatz beim Klimaweckruf (siehe auch nebenstehenden Bericht) wurde das Plakat mit dem Zusatzstreifen „Energiewende jetzt“ aktualisiert und großflächig auf dem Zentralplatz ausgehängt.

Das Entwerfen und Anbringen hat damals viel Spaß gemacht. Vielleicht hat ja jemand Lust bei zukünftigen Aktionen mitzumachen?

Bitte melden bei T. Bernhard Tel. 0261 / 47551.



Spontaner Klimaweckruf erfolgreich



Am Montag, 21. September, 13.18 Uhr, rief der BUND-Koblenz spontan per SMS, Handy, E-Mail etc. zum Klimaweckruf auf den Zentralplatz und fast 100 Menschen kamen.

Zwei Minuten lang ließen die Teilnehmenden ihre Wecker klingeln und einige riefen die Koblenzer KandidatInnen für den Bundestag an, um diese zum Engagement gegen den Klimawandel aufzufordern. Die Forderungen für eine Energiewende wurden klar geäußert, um den CO2 Anstieg und die Erderwärmung aufzuhalten.

International rief die Organisation Avaaz mit Sitz in New York auf, weil gerade die Vorbereitungskonferenzen zum UN-Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen anlaufen und auch der G20 Gipfel in Pittsburgh ansteht.

Die Aktion fand weltweit in über 2500 Städten, in Deutschland in 90 Städten, davon drei in Rheinland-Pfalz (unter anderem in Koblenz) statt. Mehr unter: www.zentralplatz.com und www.avaaz.org

Werner Huffer-Kilian, BUND-Koblenz

Das Umweltamt informiert

Umweltschutz ist Ehrensache.
Die Finanzierung – Sonnensache!



100 DÄCHER PROGRAMM

Eine Initiative der Stadt Koblenz und des Landkreises Mayen-Koblenz
www.solardaecher-mittelrhein.de



Das 100 Dächer Programm

Das 100-Dächer-Programm ist eine gemeinsame Initiative der Stadt Koblenz, des Landkreises Mayen-Koblenz, der Handwerkskammer Koblenz, dem Bau- & EnergieNetzwerk Mittelrhein e.V. (BEN) sowie weiteren Partnern aus Handwerk, Handel und Kreditwirtschaft.

Es kommt gerade rechtzeitig, damit die Besitzer von PV-Anlagen sich noch für 20 Jahre die höhere Einspeisevergütung aus 2009 sichern können. Ab 2010 wird diese turnusgemäß gesenkt. Durch die Reservierung eines großen Kontingents beim deutschen Modulhersteller Sovello konnte ein Anlagenpreis erreicht werden, der sonst nur bei Großanlagen erzielt werden kann. Dieser Preisvorteil wird an die Bauherren weitergegeben.

Die Standardanlage hat eine Leistung von 4,8 Kilowatt und braucht etwa 38 qm Dachfläche. Inklusiv Montage kostet sie zur Zeit 15.300 Euro (netto), wenn definierte Bedingungen erfüllt sind. Individuell wird es bei geeigneten Dächern möglich sein, die Anlage im Rahmen dieses Programms auf eine maximale Leistung von 8 kW zu erweitern.

Weitere Informationen im Internet unter:
www.solardaecher-mittelrhein.de

„Mit der Installation von Photovoltaik-Anlagen lässt sich ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz leisten.“ *Monika Effenberger, Leiterin des Umweltamtes Koblenz*

Eine Investition in die Zukunft:

Ein Passivhaus auf dem Asterstein

Und die Energiekosten können Sie sich sparen!



Alle Informationen rund ums Passivhaus

Umweltamt der Stadt Koblenz

Gymnasialstraße 1
56068 Koblenz

Rathausgebäude II

0261/129 1502
www.passivhaus-asterstein.de



Koblenz - Magnet am Deutschen Eck
Die Stadt zum Bleiben.

www.koblenz.de

Umweltamt
Koblenz

www.umweltamt.koblenz.de
umweltamt@stadt.koblenz.de

Faire Stadt Koblenz?! – der nächste Schritt steht an!

- Gegen ausbeuterische Kinderarbeit nachhaltig beschaffen -

Am 26. Juni 2009 hat unser Landtag in Mainz mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen, im öffentlichen Beschaffungswesen den Erwerb von Produkten, die aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen, zu vermeiden: „Der Landtag wird künftig im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen des eigenen Geschäftsbereichs nur noch Produkte berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit [...] sind“. Auf diesen Schritt haben viele Organisationen und Gruppen lange gewartet, endlich ist er getan. Dabei fordert der Landtag die Landesregierung weiter auf, dies ebenso zu halten und „weitere öffentliche Einrichtungen und die Kreise und Kommunen über die Maßnahmen der Landesregierung zu informieren und zu ermutigen, im eigenen Zuständigkeitsbereich ebenso zu verfahren und entsprechende Maßnahmen umzusetzen.“

Landtag und Landesregierung setzen also Zeichen und da darf unsere Stadt nicht hinten anstehen. Bisher gibt es nur eine freiwillige Maßnahme, die durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses HuFa vom 14.04.2008 in einem Merkblatt für Anbieter und Lieferanten ihren Niederschlag fand. Darin bestätigt die Verwaltung, dass sie „zu gegebener Zeit über eine Anpassung ihrer Vergabepaxis entscheiden wird“. Der HuFa mahnte auch an, dass es noch keine rechtlichen Grundlagen in Deutschland gäbe: „Den Zielen der ILO-Konventionen schließt sich die Verwaltung vorbehaltlos an, sieht aber eine Instrumentalisierung des Vergaberechtes, ohne rechtliche Grundlagen, nicht als das geeignete Mittel an.“

Nachdem nun neben dem Landtagsbeschluss auch das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechtes von Bundestag und Bundesrat verabschiedet und am 24. April 2009 in Kraft getreten ist, gilt unter

Paragraph 97 Abs. 4 S.2. GWB n. F.:

„(4) Aufträge werden an fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmen vergeben. Für die Auftragsausführung können zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben. Andere oder weitergehende Anforderungen dürfen an Auftragnehmer nur gestellt werden, wenn dies durch Bundes- oder Landesgesetz vorgesehen ist.“

Damit sind nun die rechtlichen Grundlagen zur Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Beschaf-

fung gegeben, und der Koblenzer Stadtrat kann entscheiden.

Dies bestätigt sogar die Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frau Heidemarie Wiecek-Zeul in einem Brief an Herrn Oliver Heinen, der einen Einwohnerantrag am 29.04.2009 in den Koblenzer Rat eingebracht hatte.

Die Ministerin schreibt:

„Es ist richtig, wie von der Stadt Koblenz ausgeführt, dass das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen nur Regelungen für Vergaben oberhalb der Schwellenwerte trifft. Das Gesetz steht aber natürlich einer Anwendung der Regelung auch unterhalb der Schwellenwerte entgegen. So verlangt das BMZ bei seinen Vergaben die Einhaltung von Sozialstandards auch unterhalb der Schwellenwerte.“

Da die beiden Gesetzgeber, Bund und Land nun Rechtssicherheit geschaffen haben, kann auch ein entsprechender verpflichtender Stadtrats-Beschluss gefasst werden. Solidaritätsaktionen laufen derzeit weiter!



Die Weißenthürmer_innen starten zur Sponsorentour an Tal Total an der Vorstädter Josefskirche.

• Am 28. Juni, dem Tag des autofreien Rheintals - Tal Total - , fand nun schon zum 3. Mal die Fahrradsponsorentour der Aktion „Wir befreien einen Steinbruch“ statt. Über 100 Personen nahmen teil und radelten für die gute Sache. Es geht darum, den Steinbruch Guttalappalli in Südindien, in dem etwa 1.200 Menschen leben, mit Hilfe des Hilfswerkes Misereor zu „befreien“. Das heißt, dass sich Menschen aus sklavenähnlichen Lebensbedingungen in einem über 3 Jahre anhaltenden Begleitprozess zu einem neuen und besseren Leben finden. Es werden insgesamt 15.000 Euro gebraucht, 8.500 Euro sind schon vorhanden. Weitere Infos unter: www.dekanat-andernach-bassenheim.de

• Vom 6. bis 9. Juli fanden Projekttag am Gymnasium auf dem Asterstein statt, und eine 17köpfige Projektgruppe fand

sich zusammen, um das „Shoppo – Einkaufen einmal anders“ unter die Lupe zu nehmen. In Zusammenarbeit mit ELAN, dem entwicklungspolitischen Landesnetzwerk, beschäftigten sich die Schülerinnen mit den Produkten Kaffee, Textilien und Natursteine: Woher kommen diese Produkte, wer hat den Profit, unter welchen Umständen werden sie hergestellt (Kinderarbeit, Ausbeutung).



Besuch im Bauhaus Max Bahr (oben) mit seinen billigen Natursteinen aus China (unten)



Geschäfte wie McDonalds, H&M, Max Bahr wurden besucht und die Verkäufere befragt. Zu guter Letzt auch die Zentrale Beschaffung der Stadtverwaltung Koblenz (siehe Bild unten).



Werner Huffer-Kilian

Frauen und Klimawandel

„In den Wahlprüfsteinen von VCD, BUND, ÖKOSTADT und Frauenarchiv zur Kommunalwahl am 07.06.2009 an die Vertreter_innen der Parteien schloss sich eine Frage zu Frauen und Klimawandel an. Eine Frage, die sicher noch mehr Fragen provoziert und auch nur zu zwei Kommentaren von Grünen und Linken geführt hat.

Obwohl die Geschlechtergerechtigkeit bei der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1993 eingefordert wurde, dreht sich die Diskussion vor allem um die globale Gerechtigkeit, d.h. die Verteilung von Pflichten und Lasten zwischen Verursacherländern und den Ländern, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, aber am meisten unter den Folgen zu leiden haben.

Bei den bisher verabschiedeten Klima-Konventionen spielte die Geschlechtergerechtigkeit im Gegensatz zu anderen UN-Konventionen keine wesentliche Rolle, obwohl es eine Reihe von Hinweisen darauf gibt, dass ihre Berücksichtigung dringend erforderlich ist: Männer und Frauen sind unterschiedlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. In den meisten Gesellschaften weltweit erbringen Frauen die Versorgungsleistungen für die Familien, in den Ländern des Südens unter ungleich erschwerten Bedingungen. Da Frauen weniger Geldmittel zur Verfügung haben (weltweit sind 70% der Armen Frauen) können sie nicht auf gekaufte Güter wie Energie, Wasser und Lebensmittel zurückgreifen, sie sind mehr auf die natürlichen Ressourcen angewiesen, die sich durch den Klimawandel noch weiter reduzieren werden.

Die gesundheitlichen Folgen für Frauen und Männer lassen sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre deutlich beschreiben. Während der Hitzewelle 2003 in Europa starben mehr Frauen als Männer und zwar in allen Altersgruppen. Im Süden breitet sich die Malaria aus, besonders Schwangere sind anfällig für diese Erkrankung, da die Immunität während der Schwangerschaft herabgesetzt ist. Ein Viertel der Müttersterblichkeit in den betroffenen Ländern ist auf die Malaria und Folgeerkrankungen zurückzuführen. Bei einer fortschreitenden Klimaerwärmung sind auch die Länder nördlich der Alpen nicht mehr vor dieser Krankheit geschützt.

Ergebnisse gibt es auch zu Todesraten von Frauen und Männern bei Katastrophen und Konflikten. Es sterben mehr Frauen während der Katastrophen, die Arbeitsbelastung für Frauen zur Überlebenseicherung der Angehörigen nimmt zu. In Kriegen und nach Naturkatastrophen sind Frauen in zunehmendem Maße sexueller Gewalt ausgesetzt. Auch die Anteile zur Verursachung des Klimawandels unterscheiden sich erheblich: Im Norden konsumieren Männer 25% mehr Energie, was vor allem der geschlechtsspezifischen Nutzung von Pkws zuzuschreiben ist. Frauen in ländlichen Gebieten des Südens haben kaum Zugang zur Energie.

Offensichtliche Unterschiede bestehen bei der Einschätzung des Klimawandels und den Reaktionen darauf. Männer forcieren technische Problemlösungen, während Frauen den Klimawandel als bedrohlicher ansehen und sich für eine Reduzierung des Energiekonsums einsetzen und eher bereit sind, den Lebensstil zu ändern.

Der Einfluss von Frauen an Entscheidungen in der Klimapolitik

ist gering. In den verabschiedeten Dokumenten sind soziale Aspekte grundsätzlich wenig beachtet, aber ohne eine Festschreibung des Genderaspekts wird es schwer sein, das Thema nachhaltig zu diskutieren.

In den letzten Jahren hat sich ein Netzwerk von Gender & Klima-Expert_innen gebildet, die zur UN-Konferenz in Bali erstmals gemeinsame Positionspapiere verabschiedet haben u.a. zur Finanzierung von Klimaschutz und Klimawandel, zur Verhinderung von Entwaldung, Agro-kraftstoffen und Atomenergie.



Kritisch wird die ausschließliche Konzentration auf technische Lösungsansätze gesehen und die Vernachlässigung der Genderperspektive bei allen Instrumenten, ebenso die fehlende Analyse der Auswirkungen der bisher getroffenen Maßnahmen.

Die Entwicklung von Kriterien sind nötig, damit die Fonds zur Anpassung an den Klimawandel auch Frauen zugute kommen. Während der nächsten Bonner Zwischenkonferenz zum Klimawandel im Juni 2010 ist eine Veranstaltung in Koblenz mit einer Referentin geplant, die als kritische Beobachterin über den neuesten Stand der Entwicklungen berichten kann.

Gabriele Hofmann

Weltladen KOBLENZ

Handeln für eine gerechte Welt

Weltladen Koblenz
Viktoriastraße 33, 56068 Koblenz
Fon: 02 61 / 3 61 74
laden@weltladen-koblenz.de
www.weltladen-koblenz.de

Kaffee...Schokolade...Musikinstrumente...Bananen
...Körbe...Tee...Papier...Honig...Olivenseife...
Spielzeug...Reis...Keramik...Gewürze...Orangensaft
...Kunsthandwerk...

...und noch weitere Produkte aus fairem Handel und
biologischem Anbau, sowie Informationen zu Politik
und Wirtschaft in der geteilten Welt.

Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.00 Uhr, Sa: 10.00 - 13.00 Uhr

So sieht Baulückenschluss in Koblenz aus!



In der Von Kuhl Strasse wurde gebaut, nach §34 Baugesetzbuch (der KUcKmal berichtete in seiner Ausgabe Frühjahr 2009) Die Leitung des Bauamtes (Herr



Prümm und Herr Hastenteufel) beschloss, nach §34 bauen zu lassen und keinen Baubebauungsplan über dieses große Gebiet in den Mittelweiden beschließen



zu lassen. Sie tragen die Verantwortung für solch einen „Baulückenschluß“.

Werner Huffer-Kilian

„Anziehungskräfte“ in Koblenz – Magnet am Deutschen Eck



Die Platane am Bahnhofplatz war einfach nicht zu halten. Die Planer_innen konnten diesen Baum, das „Tor zum Bahnhof“ nicht in ihre Planungen einbeziehen. Der Ausschuss für allgemeine Bau- und Liegenschaftsverwaltung unseres Stadtrates, ABL, befreite von der Erhaltungsfestsetzung.



Ist ja auch logisch und entspricht dem Leitbild unserer Stadt: Koblenz - Magnet am Deutschen Eck. Die „eisenharten und magnetischen“ Vorstellungen haben sich durchgesetzt, Metallersatz musste her - in der Farbe des Geldes: Kran-Gold -, denn Bäume sind ja nicht magnetisch, oder?

Fotos und Text: Werner Huffer-Kilian

Aktuelle Radfahrerschikanen in Koblenz



Immer wieder berichten wir über Behinderungen für Radfahrer und Fußgänger in Koblenz, die oft nur als reine Schikane bezeichnet werden können. Da wird einer der wenigen Hauptverkehrsachsen an einer Kreuzung plötzlich durch das Schild „Radweg Ende“ unterbrochen (Rizzastraße/Löhrstraße), Ampelschaltungen nicht optimiert, Einbahnstraßen nicht entgegen der Fahrtrichtung freigegeben (z.B. Eltzerhofstraße) und und und. Es scheint in der Verwaltung viel Gleichgültigkeit gegenüber den Belangen des umweltfreundlichen Radverkehrs zu geben - und niemanden außer den Betroffenen interessiert es offenbar.



Hier haben wir zwei ganz aktuelle Beispiele, wie an Baustellen, bei denen der Fußweg durch die Baustelleneinrichtung wegfallen muss, der daneben liegende Radweg einfach unterbrochen wird. Dabei besteht in beiden Fällen die Möglichkeit, den Park- bzw. Seitenstreifen auf der Straße als Ausweich-Radweg einzurichten. Aber an eine so heilige Kuh scheint man sich nicht heran zu trauen. Besonders unverständlich ist natürlich, dass die Radfahrer mit einem Schild zum Benutzen der Straße aufgefordert werden, aber nicht mal eine Abfahrtsmöglichkeit über den recht hohen Bordstein geschaffen wird.

Dieter Schulz, ÖKOSTADT Koblenz

Koblenzer Plus-Energiehaus

Eine engagierte Koblenzer Familie hat es geschafft – sie bewohnt ein gemütliches Passivhaus und verdient damit Geld. Mit ihrem besonderen Passivhaus belegte die Baufamilie den zweiten Platz beim rheinland-pfälzischen Energiesparwettbewerb. Umweltministerin Margit Conrad überreichte in einer Feierstunde die Urkunde.

In Zusammenarbeit mit dem Neuwieder Holzhaus-Spezialisten Blum Holzbau wurden alle Anforderungen und Herausforderungen gemeistert. So entstand auf einem innerstädtischen 617 Quadratmeter großen Neubaugrundstück ein gemütliches und hochmodern ausgestattetes Passivhaus, das mittels Fotovoltaikanlage ein Energieplushaus ist. Der überschüssige Strom wird zum vereinbarten Kilowatt-Preis „verkauft“.

Nach Wünschen der Bauherren wurden ausschließlich ökologisch unbedenkliche Baustoffe verwendet. Nach Ansicht der Baufamilie ist Nachhaltigkeit mehr als reine Energieeffizienz. Der Baufamilie geht es bei ihrem Eigenheim auch um die Aspekte der Lebensdauer und Lebensqualität. Deshalb war bei der Auswahl des Hausbaupartners mit entscheidend, dass das Unternehmen diese Philosophie mitträgt. Blum Holzbau unterstützte das Bauvorhaben in allen Belangen. Auch bei den intensiven Kontakten mit der Baubehörde und dem Stadtrat brachte sich Stefan Schäfer, Architekt im Hause Blum, aktiv ein. So konnten durch fachmännisches Argumentieren Ausnahmen beim rechtsgültigen Bebauungsplan erreicht werden: durch den höheren Dremmel im Dachgeschoss wurde die zweite Etage rechnerisch ein Vollgeschoss. Dadurch konnten die Dachgauben, die wie Kühlrippen wirken, entfallen.

Heute bietet das in Holzrahmenbauweise errichtete Eigenheim der fünfköpfigen Familie ein Refugium mit Wohlgefühl. Der kompakte Baukörper mit seinem besonders günstigen Verhältnis von Volumen zur Gebäudeaußenfläche ist komplett mit einer Keil-Stülp-Schalung, Lärche Natur, verkleidet.

Die Fensteranordnung und -größen sind konsequent nach den Himmelsrichtungen und der solaren Energiegewinnung platziert. Zum unverschatteten Garten hin sind drei bodentiefe Glaselemente angeordnet, die den ungehinderten Blick in den naturnah angelegten Garten frei geben und gleichzeitig die Wärmestahlen einfangen.

Der errechnete Jahres-Primärenergiebedarf dieses Passivhauses mit 138,50 Quadratmetern Wohnfläche liegt mit 32,8 kWh/m² pro Jahr um ca. 70 kWh/m² pro Jahr unter dem gesetzlich zulässigen Höchstwert –berechnet nach der derzeit gültigen Energieeinsparverordnung EnEV 2007. Pro Monat werden durchschnittlich 880 kw/peak ins Stromnetz eingespeist.

Diese ökonomischen und ökologischen Spitzenwerte wurden mehrfach ausgelobt. Unter anderem erhielt der Bauherr für sein „Vorzeige-Objekt“ die Urkunde der EOR. Die EnergieOffensiveRheinland-Pfalz hat es sich zur Aufgabe gemacht den effizienten Umgang mit Energie zu fördern.

Nach den ersten Monaten im Eigenheim und der Erprobungsphase während den harten Wintermonaten 2008/2009 zieht die Baufamilie Resümee: Vor allem die Tatsache, dass die Technik des Hauses so funktioniert wie wir es uns vorgestellt haben macht uns zuversichtlich die richtigen Entscheidungen getroffen und passenden Komponenten gewählt zu haben. Die gemütliche Atmosphäre beglückt uns jeden Tag und macht uns stolz. Vor allem in den letzten Wintermonaten haben wir erfahren, was es bedeutet in einem Passivhaus aus Holz zu leben. Hier hatten wir es gemütlich und wärmer als in so manchem „Althaus“ bei milderem Wintern.

Pressemitteilung BLUM Holzbau



Niedrigenergie- und Passivhaus



Architektur · Planung · Ausführung
Niedrigenergie- und Passivhäuser
Anbauten/Aufstockungen
Objektbauten/Siedlungsprojekte



BLUM
HOLZBAU

Ch. Blum Holzbau GmbH
Riemenschneiderstraße 2
56566 Neuwied-Gladbach
Fon 0 26 31 - 92 44 - 0
Fax 0 26 31 - 92 44 - 19
info@blum-holzhaus.de
www.blum-holzhaus.de

Das freiwillige ökologische Jahr – FÖJ

Von Sophie Ewald



von der Arbeit in Umweltberatungen über Tätigkeiten auf dem Bauernhof oder einem Weingut, bis zum praktischen Tier- und Biotopschutz in Naturschutzverbänden.

Aber auch Unternehmen, die mit regenerativen Energien arbeiten, Umweltbildungseinrichtungen oder Verwaltungen bieten das FÖJ an. Für Interessierte werden hier nun die Einsatzstellen rund um und in Koblenz einmal vorgestellt:

Integrierte Umweltberatung in der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz:

Die Arbeit in der IUB ist eine abwechslungsreiche Tätigkeit, die Kreativität und Selbstständigkeit erfordert, z.B. beim Erstellen von Plakaten, Broschüren oder Faltblättern. Bei Außenterminen und Exkursionen kommt man oft mit Projektteilnehmern ins Gespräch, was die Arbeit sehr interessant macht. Natürlich steht auch Verwaltungsarbeit auf dem Programm. Internet- und Literaturrecherchen sind nötig, wobei man immer wieder auf neue interessante Aspekte stößt, die die Arbeit in der IUB stets voranschreiten lassen. Die jungen Menschen erhalten einen guten Überblick über aktuelle Themen der nachhaltigen Entwicklung, über Projektmanagement und Moderation, sowie über Verwaltungshandeln und Kommunalpolitik.

Archäologische Denkmalpflege Koblenz:

Zuden Hauptaufgaben des Amtes gehören die Erfassung, der Schutz und die Pflege der archäologischen Denkmäler und Funde im nördlichen Rheinland-Pfalz. Das Amt erforscht durch Ausgrabungen und wissenschaftliche Untersuchungen die kulturhistorischen Relikte früherer Zeiten und somit die Lebensweise des Menschen und die von ihm über Jahrtausende gestaltete Umwelt. Es werden jedes Jahr 2 bis 3 FÖJ-Plätze angeboten. Hier können die Teilnehmer bei praktischen Arbeiten im Außendienst dabei sein, archäologische Stätten im Boden erkunden und aufsuchen und Denkmäler für die Öffentlichkeit präsentieren. Im Innendienst sind sie zuständig für die praktische Aufarbeitung von Funden und Grabungsdokumentationen, Restaurierung, Inventarisierung, usw. Die Teilnehmenden bekommen auch Einblicke in die Museumspädagogik, so können sie zum Beispiel Führungen leiten. Wer sich für diese Stelle interessiert, sollte eine große Lust an der Archäologie mitbringen und wetterfest sein, denn das Wetter spielt natürlich nicht immer mit.

Wildvogel-Pflegestation Kirchwald e.V.:

Die Station pflegt und betreut alle in der Umgebung von ca. 150 km aufgefundenen kranken und verletzten Wildvögel und

Schulabschluss geschafft – und nun? Nicht jeder weiß sofort, was er nach der Schule machen möchte, in welche Richtung er gehen will. Es gibt zahlreiche Angebote, fast schon zu viele, um sich endgültig festzulegen. Wer weiß denn schon so jung, was er den Rest seines Lebens anstellen möchte?

Zum Glück gibt es jedoch einige Möglichkeiten, zwischen Schule und Beruf/Studium erst einmal Erfahrungen im Berufsleben zu sammeln. Dazu zählen beispielsweise Praktika oder auch ein Jahr im Ausland. Die wohl ökologischste Variante ist aber das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ).

Neben dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) zählt es als freiwilliger Dienst und kann als Zivildienst oder für spätere Tätigkeiten als Praktikum oder Wartesemester anerkannt werden. Das FÖJ richtet sich an junge Leute zwischen 16 und 27 Jahren, die sich für den Umweltschutz interessieren und engagieren möchten.

So bietet sich die Möglichkeit, einen Einblick in ökologische Berufe zu bekommen und dabei interessante neue Dinge zu lernen. Bezahlt wird das FÖJ auch, jedoch nur gering.

Jeden Monat gibt es 154 Euro und je nach Einsatzort einen Zuschuss für Essen, Fahrten und Unterkunft. Während des FÖJ's gibt es für alle Teilnehmer fünf mehrtägige Seminare, die sie gemeinsam mit ihren Betreuern planen und durchführen. Dort werden viele unterschiedliche Themen behandelt und Aktionen organisiert.

In Rheinland-Pfalz gibt es über 80 Einsatzstellen. Diese reichen

Die Integrierte Umweltberatung im Landkreis Mayen-Koblenz führt Menschen zusammen

Gemeinsam wollen wir mehr Umweltschutz verwirklichen, ohne soziale und ökonomische Aspekte aus den Augen zu verlieren.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind:

- Energie sparendes Bauen und Sanieren,
- regionale Vermarktung,
- Erhalt und Nutzung von Streuobstwiesen und
- Umweltnetzwerk Kirche Rhein-Mosel.



Integrierte Umweltberatung
im Landkreis Mayen-Koblenz

Arbeiten auch Sie an einer lebenswerten Zukunft für unsere Region mit!

Integrierte Umweltberatung, c/o Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Dr. Rüdiger Kape
Bahnhofstraße 9 in 56068 Koblenz, Ruediger.kape@kvmyk.de, Tel. 0261/108-420



Simone Geyer, FÖJlerin bei der Archäologischen Denkmalpflege Koblenz

beschäftigt sich in den Sommermonaten darüber hinaus mit der Aufzucht und Auswilderung von verlassenen Jungvögeln. Seit 1997 ist eine Igelstation eingerichtet zur Aufnahme nicht überwinterrungsfähiger Igel. Im Sommer werden auch kranke Igel betreut, bzw. verwaiste Jungigel (auch Flaschenkinder) aufgenommen. Die FÖJlerInnen werden bei den Pflege- und den Fütterungsarbeiten der Wildvögel bzw. in der Unterhaltung der Station mithelfen. Die Tiere müssen im begrenzten Rahmen medizinisch betreut werden und auch Verwaltungsarbeiten fallen an. Mehr Informationen gibt es unter www.wildvogelpflegestation-kirchwald.org.

Kräutergarten Kloster Arenberg: Kloster Arenberg verfügt über eine Garten- und Parklandschaft von ca. 6 ha. Zu diesen Grünflächen gehören Streuobstwiesen mit ca. 350 Obstbäumen, Beeresträucher, Wildblumenwiesen (mit Insektenhotel und Bienenstöcken), eine Parkanlage und seit Sommer 2003 ein 4.000 qm großer Kräutergarten, in dem über 40 verschiedene Heilpflanzen ihren Platz gefunden haben. Zu den Aufgaben der TeilnehmerInnen gehören die Mitarbeit im Kräutergarten (das Pflanzen, Ernten, Schneiden, Trocknen und Verarbeiten der Heilpflanzen), die Mithilfe bei der Herstellung der Kräutertees, die Aneignung von Wissen über Wirkung und Einsatz von Heilpflanzen, Unterstützungsleistungen bei Kursangeboten (Kräutertage, Kräuterwochen), praktische Arbeiten im Obstanbau, Mitarbeit in der Pflege der Parkanlage, die Unterstützung bei Angeboten der Kräuterei für die Hausgäste, sowie bei Maßnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (Klosterfeste, Angebote der Kräuterei) und die Mitwirkung bei der konzeptionellen Weiterentwicklung sowie die Initiierung von ökologischen Projekten.

Waldökostation Remstecken/Umweltamt Koblenz: Die Waldökostation Remstecken im Stadtwald Koblenz möchte das Naturverständnis und das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung fördern. Ein Schwerpunkt liegt im umweltpädagogischen Bereich. Als außerschulischer Lernort kann sie von allen schulischen Institutionen genutzt werden. Der Teilnehmer bzw. die Teilnehmerin ist in der Natur- und Umweltpädagogik zuständig. Dazu gehören die Organisation und Betreuung schulischer Veranstaltungen, das Vorbereiten und die Durchführung von (Lehrer-)Fortbildungen, die Ausarbeitung von Unterrichtshilfen und -materialien und die Teilnahme an Naturexkursionen bzw. freilandbiologischen Untersuchungen. Weiterhin kann der/die FÖJlerIn Umwelt-Öffentlichkeitsarbeit leisten. Hierzu zählen die Mitbetreuung des Naturzentrums, Ausstellungen, Aktionen und Exkursionen, Lehrwanderungen, fachliche Medienbeiträge und die Erstellung von Broschüren, Faltblättern und Postern. Weiterhin kann der/die FÖJlerIn wissenschaftliche Tätigkeiten zum praktischen Naturschutz vollbringen im Sinne

von Biotoppflegemaßnahmen und Gelände- und Laborarbeiten. Auch um die Verwaltung muss sich gekümmert werden. Hier fallen sachgebietsbezogene Verwaltungsarbeiten, Schriftverkehr, Termine, Fotodokumentation und Archivierung, sowie Arbeiten am PC an. Der Unterhalt und die Pflege des Naturzentrums und des Geländes (Bauerngarten, Streuobstwiese, Gewässer) muss gewährleistet werden. Die Arbeit beim Umweltamt bezieht sich auf den Einsatz und die Mithilfe in anderen Abteilungen des Umweltamtes: Landespflege-, Wasser-, Abfall-Behörde, Energiemanagement und die Lokale Agenda 21.

Waldkindergarten „Unter dem Regenbogen“/Forstamt Koblenz: Diese Stelle ist für junge Leute geeignet, die sich für die Umsetzung von Waldpädagogik als Gegenpol zur heutigen Reizüberflutung (durch Fernseher, Computer, usw.) im Vorschul- und Schulbereich interessieren. Seit August 2008 wurde der evangelische Kindergarten durch die Gründung einer Waldgruppe erweitert, bei der der soziale Umgang miteinander und der gesundheitliche Aspekt im Mittelpunkt stehen. Hier kann der Teilnehmer / die Teilnehmerin mit den Kindern im Vorschulalter die Natur auf vielfältige Weise erforschen und das pädagogische Personal unterstützen. Die Mithilfe bei der Umsetzung und Etablierung des Waldkonzeptes gehört ebenso zu den Aufgaben. Auch ein eigenes Projekt kann in Zusammenarbeit mit dem pädagogischen Personal gestaltet werden. Der zweite Teil dieses FÖJs erfolgt im Forstamt Koblenz, wo die Mitarbeit in der Umweltbildung und Waldpädagogik im Schulbereich, sowie die Mithilfe in der Öffentlichkeitsarbeit und die praktische Arbeit im Wald zu den Schwerpunkten gehören.

Weitere Informationen auch zu anderen FÖJ-Stellen in Rheinland-Pfalz gibt es im Internet unter www.foej-rlp.de

Alle hier aufgeführten Stellen sind für dieses Jahr bereits vergeben. Eine Bewerbung kann erst für das Jahr 2010/2011 berücksichtigt werden. Wer sich dafür interessiert, sollte mit der Bewerbung jedoch noch bis Anfang 2010 warten, sonst sind die jeweiligen Einsatzleiter überfordert.

CONTAINER DIENST

**Wir stellen
Container
für privat und
Gewerbe!**

**Rufen Sie
einfach an:
Telefon
0261 / 129-4524**



www.koblenz.de

- Renovierungsabfälle
- Bauschutt
- Haushaltsauflösung
- Gewerbeabfall



Klar Schiff ums Eck!

Car Sharing

in Koblenz

Wenn Ihnen ein Auto zu viel
und kein Auto zu wenig ist

teil  Auto

ohne eigenes Auto mobil

Infos unter
0261 / 280049
OEKOSTADT@aol.com
www.teilAuto-Koblenz.de

Jetzt bei ÖKOSTADT Koblenz Mitglied werden!

Unterstützen Sie unseren Verein ÖKOSTADT Koblenz e.V. durch Ihre Mitgliedschaft. Helfen Sie uns, damit wir uns noch besser für Umweltschutzprojekte einsetzen können. Wir sind als gemeinnütziger Verein anerkannt, Ihr Mitgliedsbeitrag ist also steuerlich absetzbar.

Name, Vorname:

oder Verein, Firma:

Str.:

PLZ, Ort:

Fon: Geb.- Datum:

E-Mail:

Bankverbindung

Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Bank:

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ÖKOSTADT Koblenz e.V. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für vereinsinterne Zwecke elektronisch gespeichert und verarbeitet werden. Ich ermächtige ÖKOSTADT Koblenz e.V., den von der Mitgliederversammlung festgelegten Mitgliedsbeitrag (z.Zt. 28 € pro Jahr, ermäßigt 14 €, Haushalt 50 €, jur. Personen 56 €) von meinem o.g. Konto abzubuchen.

.....
(Datum, Unterschrift)

AUS DER KRISE
HILFT NUR GRÜN.



Auch nach der Wahl: NICHT NACHLASSEN!

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



☎ 0261 - 3 79 06
✉ kv-koblenz@gruene-rlp.de

So finden Sie uns:
GRÜNES Regionalbüro
Hohenzollernstr. 137
56068 Koblenz
Wann?
Mo, Di, Do & Fr 10 – 16 Uhr
und nach Vereinbarung